

**JUNG+LIBERAL**  
Das MITGLIEDERMAGAZIN der Jungen Liberalen



**Den Karren**  
aus dem Dreck

**ZIEHEN**



# Liebe Julis,



**PASCAL SCHEJNOHA (28)** ist Chefredakteur der jung+liberal und Mitglied im Bundesvorstand. Er kommt aus Baden-Württemberg und hat bereits das Mitgliedermagazin „Juliette“ auf Landesebene betreut. Du erreichst ihn unter [schejnoha@julis.de](mailto:schejnoha@julis.de)

Hier in den  
Autorenverteiler  
eintragen



Deutschland hat eine neue Bundesregierung – wenn auch mit historischen Startschwierigkeiten. Als erster Bundeskanzler in der Geschichte verfehlte Friedrich Merz die absolute Mehrheit der Bundestagsabgeordneten im ersten Wahlgang. Die neue Koalition steht damit bereits zu Beginn unter großer Spannung – und das in einer Zeit, in der es auf ein handlungsfähiges Deutschland umso mehr ankommen müsste.

Wenn ihr diese Ausgabe zu Gesicht bekommt, hat die FDP auch ein neues Führungsteam gewählt. Als JuLis wünschen wir dem neuen Bundesvorstand viel Erfolg und werden dafür sorgen, dass wir gemeinsam mit den Freien Demokraten die richtigen Lehren aus der verlorenen Bundestagswahl ziehen und sowohl aus inhaltlicher, struktureller und kommunikativer Sicht eine nachhaltige Neuausrichtung herbeiführen können.

Einen ersten Schritt in diese Richtung als Verband konnten wir mit unserer ersten Verbandskonferenz Anfang Mai in Berlin gehen. Dort haben wir mit über 100 Funktionsträgern die aktuelle Lage der JuLis diskutiert und darüber gesprochen, mit welchen Maßnahmen und Schwerpunkten wir die APO-Zeit bewältigen und wie 2029 das Comeback gelingen kann – mehr dazu aber im ausführlichen Bericht im Heft. Außerdem blickt unsere Bundesvorsitzende Franziska in dieser Ausgabe auf die neue Bundesregierung aus Union und SPD, die leider nicht den Mut zu den wirklich wichtigen Reformen aufbringt.

Anhand der letzten Ausgabe konntet ihr es bereits etwas herauslesen: Künftig wird es kein fest vorgegebenes Thema pro Magazin mehr geben, sondern die Artikel werden inhaltlich vielfältiger und decken die Themen ab, die unsere Autorinnen und Autoren gerade (politisch) beschäftigen. Wenn auch Du mal Lust hast, einen Beitrag für unser Mitgliedermagazin zu schreiben, dann trag dich in unter einer Minute über den QR-Code auf dieser Seite in unseren Autorenverteiler ein oder schreib mir eine E-Mail – ich schicke dir dann alle Infos, die Du brauchst!

Ich wünsche euch nun viel Spaß beim Lesen dieser neuen Ausgabe, habt einen schönen und entspannten Sommer und dann hören beziehungsweise lesen wir uns im September wieder.

**Euer Pascal**



Seite 5  
**MATTIA FREUND:**  
Gründen vor dem 18. Geburtstag



Seite 6  
**FRANZISKA BRANDMANN:**  
Herr Bundeskanzler, in unserem Land steckt mehr!



Seite 10  
**SOPHIE WOTSCHKE UND  
FABIENNE LACKNER:**  
Politik ohne Abkürzung



Seite 12  
**LARS JAN VERWAAL:**  
Was wir Julis und FDPler jetzt tun müssen, um wieder groß zu werden.



Seite 14  
**ANJA WIDENMANN:**  
Wie die liberale Jugend über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk denkt



Seite 17  
**FLORIAN SILVESTRI:**  
Digital first - Verwaltung second?



Seite 18  
**VICTORIA KAMPRATH:**  
Gender Health Gap



Seite 22  
**LUCAS SILLER:**  
Europas Entwicklungshilfe auf dem Rückzug



Seite 24  
**EFE MERT SANLI:**  
Identitäts- und Demokratiekrise in der Türkei



Seite 26  
**HANNAH SCHEDLER:**  
Wenn der Ernst der Geschichte spürbar wird



Seite 30  
**NIKOLAI OTT:**  
Bekennnisse eines Shitbürgers?



Seite 34  
**JONAS EUSCHEN:**  
Extreme Schwankungen an der Börse: DAS bedeuten Trumps Zölle für ETF-Anleger

Seite 3 Editorial

Seite 8 Recap: Unsere Juli-Verbandskonferenz in Berlin

Seite 28 Dein Engagement bei den Jungen Liberalen

Seite 35 Impressum

# Gründen **VOR** **DEM 18.** **GEBURTSTAG**

Warum wir jungen Menschen **den Weg freimachen** müssen!



Die Vorstellung, dass junge Menschen ein Unternehmen gründen, klingt für viele wie ein spannendes Zukunftsbild, dabei ist es längst Realität. Immer mehr Jugendliche entwickeln Geschäftsideen, designen Produkte oder betreiben Onlineshops. Doch wer in Deutschland vor dem 18. Lebensjahr ein eigenes Unternehmen aufbauen möchte, trifft auf einen regelrechten Dschungel aus Bürokratie, Misstrauen und rechtlichen Hürden. Es ist Zeit, dass wir JuLis das ändern.

## Gründung mit Genehmigung: Wirklich noch zeitgemäß?

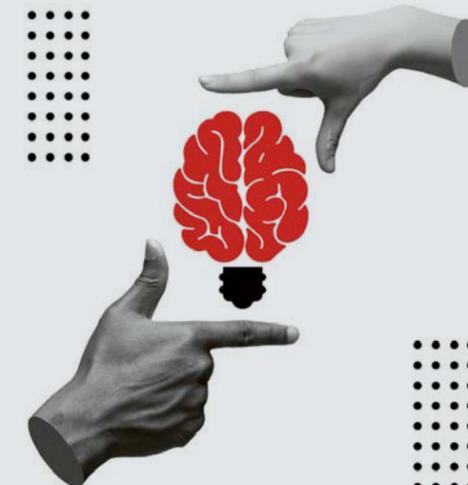
Minderjährige dürfen in Deutschland nicht einfach ein Unternehmen gründen. Stattdessen müssen sie die Genehmigung ihrer Eltern, ihrer Lehrer und die des Familiengerichts einholen. Die Begründung: Der Minderjährigenschutz. Doch dieser gut gemeinte Schutz wird zur Wachstumsbremse für Jugendliche, die Verantwortung über-

nehmen wollen. Während sie mit 16 bereits arbeiten, Moped fahren und sich politisch engagieren dürfen, wird ihnen unterstellt, sie könnten keine fundierten wirtschaftlichen Entscheidungen treffen, selbst wenn sie längst den Businessplan für ihr Unternehmen geschrieben haben. Diese Widersprüchlichkeit ist nicht nur frustrierend, sondern auch innovationsfeindlich.

Die Altersgrenze allein sagt wenig über Reife oder Verantwortungsbewusstsein aus. Viele Jugendliche beschäftigen sich intensiv mit wirtschaftlichen Themen, bilden sich weiter und entwickeln unternehmerisches Denken oft früher als so mancher Erwachsene. Trotzdem werden sie von Behörden und Institutionen nicht ernst genommen, weil sie noch keine 18 sind. Dieses Misstrauen gegenüber jungen Gründern ist nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich: Es sendet das Signal, dass Engagement in jungen Jahren nicht gewünscht ist. Dabei brauchen wir genau das Gegenteil, nämlich ein System, das Leistung anerkennt und jungen Menschen Vertrauen schenkt.

## Wettbewerb und Innovation

In unserer Marktwirtschaft sind es nicht nur die großen Konzerne, die die Wirtschaft vorantreiben, es sind auch die kleinen und innovativen Unternehmen, die neue Ideen auf den Markt bringen. Innovation entsteht aus dem Wettbewerb, und der Wettbewerb entsteht durch die Vielfalt an Akteuren auf dem Markt. Wenn wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, vor dem 18. Lebensjahr



einfach zu gründen, öffnen wir die Türen zu einer letztlich auch produktiveren Wirtschaft. Es ist die unternehmerische Freiheit, die den Markt lebendig hält.

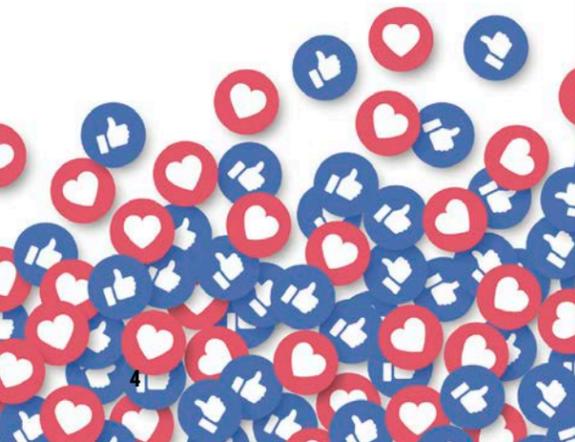
## Wir brauchen einen echten Kulturwandel

Die Lösung liegt nicht allein in Gesetzesreformen, sondern auch in einem Umdenken: Gründen darf nicht als Risiko, sondern muss als Chance verstanden werden. Wenn junge Menschen Eigenverantwortung zeigen und wirtschaftlich denken, dann brauchen sie keine Bevormundung, sondern Ermutigung.

Wir müssen jungen Menschen mehr vertrauen. Wer heute gründet, gestaltet morgen unsere Wirtschaft. Es ist an der Zeit, den Gründergeist auch unter 18 nicht nur zuzulassen, sondern aktiv zu fördern. Die Zukunft beginnt nicht mit der Volljährigkeit, sondern mit Mut und einem (schlanken) Staat, der an seine Jugend glaubt.



**TEXT: MATTIA FREUND (17)**  
ist Gründer von Fintelify. Ihr erreicht ihn unter [freund.mattia@gmail.com](mailto:freund.mattia@gmail.com)



# Herr Bundeskanzler, in unserem Land **steckt mehr!**

**Mut zu Schulden statt Mut zu Reformen –**  
Friedrich Merz und seine Bundesregierung trauen  
sich an die Maßnahmen, die unser Land am  
dringendsten benötigt, nicht heran



# F

Friedrich Merz scheint wahrlich kein Politiker zu sein, der sich davor scheut, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Noch bevor er überhaupt zum Bundeskanzler gewählt worden war, einigte er sich mit SPD und Grünen darauf, die Schuldenbremse zu umgehen und 500 Milliarden Euro Schulden zu machen. Welche Wählerin, die Friedrich Merz als Bundeskanzler wollte, hätte wohl gedacht, keine vier Wochen später auf ZDF-heute zu lesen, dass "Deutschland in eine All-In-Verschuldung geht"? Friedrich Merz wusste, dass die Entscheidung, auf Schulden astronomischen Ausmaßes zu setzen, von seinen eigenen Wählern nicht gewünscht war. Er hat sie dennoch durchgesetzt.

Offensichtlich ist dieses Schuldenpaket ein Fehler. Es wird nicht genutzt werden, um dringend notwendige Investitionen und Ausgaben in unsere Verteidigung und Infrastruktur zu finanzieren, wie dies von der Union (immer leiser werdend) behauptet wird. Vielmehr werden Ausgaben, die vorher in den Bundeshaushalt gehörten, nun schuldenfinanziert. Friedrich Merz schüttet Konflikte zwischen Union und SPD so mit Geld zu. Ein Beispiel: Die Haltelinie

von 48% beim Rentenniveau soll aus dem Bundeshaushalt finanziert werden – doch der Bundeshaushalt wird schon jetzt bereits zu einem Viertel von Zuzahlungen zur Rente aufgefressen. Eine weitere Steigerung dieses Anteils bedeutet: Der Bund muss entweder in anderen Bereichen massiv sparen oder bisher aus dem Bundeshaushalt bestrittene Ausgaben zu angeblichen "Investitionen" umdichten, um diese aus Schulden zu finanzieren. Der Bundeskanzler hat sich eindeutig für Letzteres entschieden. Damit enttäuscht er seine Wähler gleich doppelt: Mit der Entscheidung für Schulden und gegen sein Wahlprogramm und mit der Entscheidung, diese Schulden schönzureden.

**Man stelle sich vor: Friedrich Merz, der Reformkanzler**

Man stelle sich für einen Moment vor, was möglich wäre, wenn Friedrich Merz den Mut zu unpopulären Entscheidungen, den er offensichtlich besitzt, in den Bereichen zeigen würde, in denen unser Land so dringend auf Reformen angewiesen ist: In der Renten-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Friedrich Merz, der Reformkanzler. Ich sehe ihn vor mir, wie er zum Rednerpult im Bundeskanzleramt schreitet und sich dort entscheidet, allen Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten, was so viele Politiker sich in der Vergangenheit nicht getraut haben: Die Wahrheit. Denn wer einem Land die Wahrheit zumutet, befähigt es erst dazu, über sich hinauszuwachsen, in eine bessere Zukunft.

Die Wahrheit ist: Unserem Rentensystem droht der Kollaps – aber wir können diesen Kollaps verhindern, wenn wir schnell und beherzt schlaue Reformen anstoßen. Dazu müsste sowohl eine Aktienrendite nach schwedischem Vorbild als auch eine weitergehende Reform unseres Rentensystems auf den Weg gebracht werden, welche die Wucht des demographischen Wandels auf die Schultern aller Generationen gleichermaßen verteilt. Was nützt einer Rentnerin ein staatlich garantiertes Rentenniveau, wenn es sich für die junge Generation nicht mehr lohnt, zu arbeiten und somit nicht genug Geld in die Rentenkasse fließt? Ich bin der festen Überzeugung: Unser Land wäre bereit zu einer umfassenden Rentenreform, wenn ihm die Schieflage unseres aktuellen Rentensystems endlich einmal schonungslos und ehrlich dargestellt werden würde.

Die Wahrheit ist: Wir müssen uns um unsere Sicherheit in Zukunft selbst kümmern. Das kostet enorm viel Geld. Zu lange

haben wir unsere Sicherheit von den USA abhängig gemacht. Das können und sollten wir uns in diesen Zeiten, in denen die politische Zuverlässigkeit der Vereinigten Staaten keine Garantie besitzt, nicht mehr leisten. Es braucht enorme Investitionen in die Bundeswehr und eine neue Prioritätensetzung im Bundeshaushalt. Aber was nützt uns das x-te staatliche Förderprojekt oder ein gerade neu gegründetes, zusätzliches Bundesministerium mit entsprechendem neuen Beamten-Apparat, wenn wir uns keine Bundeswehr leisten können, die uns und unsere NATO-Verbündeten im Fall der Fälle verteidigen kann? Dass die Antwort der neuen Bundesregierung auf die aktuelle sicherheitspolitische Lage ausgerechnet ist, alle Verteidigungsausgaben über einem Prozent des BIP über Schulden zu finanzieren, kann man nur als Wahnsinn bezeichnen. Unser Land soll in diesen geopolitischen Zeiten nicht in der Lage sein, mehr als ein Prozent des BIP für seine eigene Verteidigung auszugeben? Das würde einer Bankrott-Erklärung gleichen. Ich bin der festen Überzeugung: Unser Land wäre bereit zu echten Reformen, die uns Raum für eine sicherheitspolitische Kehrtwende geben würden, wenn ihm die sicherheitspolitische Lage schonungslos und ehrlich dargestellt werden würde.

Die Wahrheit ist: Unsere wirtschaftliche Stärke gehört der Vergangenheit an – wenn wir Unternehmen in Deutschland nicht massiv entlasten. Deutschland gilt im internationalen Vergleich als sogenanntes Hochsteuerland für Unternehmen und nimmt unter OECD-Ländern einen Spitzenplatz ein. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Entlastung beim Körperschaftsteuersatz von gerade einmal einem Prozentpunkt ab dem Jahr 2028 kann den enormen Wettbewerbsdruck, dem deutsche Unternehmen aktuell ausgesetzt sind, nicht entschärfen. Eine echte Unternehmenssteuerreform tut not. Was nützen unserem Land hohe Steuersätze, wenn die Unternehmen, die sie zahlen sollen, ins Ausland abwandern oder die Produktion herunterfahren? Ich bin der festen Überzeugung: Unser Land wäre bereit zu einer echten Steuerreform, wenn ihm schonungslos dargestellt würde, in welchem Maß der Wohlstand unserer Zukunft von dieser abhängig ist.

Friedrich Merz hat in den letzten Wochen Mut gezeigt – leider an der falschen Stelle. Statt mutig Schulden zu machen, sollte er in den nächsten Monaten mutige Reformen anstoßen. Erst damit würde er sich wahrlich um unser Land verdient machen.

**TEXT: FRANZISKA BRANDMANN (31)**  
ist Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen.  
Ihr erreicht sie unter [brandmann@julis.de](mailto:brandmann@julis.de)



# RECAP:

UNSERE **JULI-VERBANDSKONFERENZ** IN BERLIN

Vom 2. bis 4. Mai fand im Hans-Dietrich-Genscher-Haus in Berlin die allererste Verbandskonferenz der Jungen Liberalen statt. **Ein Bericht aus dem Bundesvorstand**

**D**

ie Niederlage der FDP bei der Bundestagswahl war für uns alle ein heftiger Dämpfer. Doch es passt nicht zur Haltung von jungen Liberalen, nach Rückschlägen den Kopf in den Sand zu stecken. Wir müssen darüber sprechen, wie wir den organisierten Liberalismus wieder attraktiver für junge Menschen gestalten und zu einer positiven Erzählung für liberale Ideen finden. Um damit nicht bis zum nächsten Bundeskongress im Herbst warten zu müssen, haben wir als Bundesvorstand das Format der Verbandskonferenz ins Leben gerufen – und

über 100 Funktionsträger der JuLis aus der Kreis-, Bezirks- oder Landesebene sind der Einladung gefolgt.

Den Start in das programmreiche Wochenende machte ein Impulsvortrag von Dr. Florens Mayer, der uns als Politikdirektor von civey durch verschiedene Befragungen rund um die letzte Bundestagswahl geführt und für die ein oder anderen „Aha“- und „Uff“-Momente gesorgt hat. Den abendlichen Abschluss vollzogen wir als Bundesvorstand mit einer zahlenbasierten Analyse unserer eigenen Bundestagswahl-Kampagne.

Der zweite Tag richtete den Blick auf die Gegenwart: Zu Beginn durften wir den digital zugeschalteten Christian Dürr als Kandidaten für den FDP-Bundesvorsitz zu einer Q&A-Session begrüßen, bei der die Teilnehmenden ihre Fragen zur Neuaufstellung der Freien Demokraten loswerden konnten. Im Anschluss präsentierten wir als Bundesvorstand unsere eigene Wahlnachlese – mit einem selbstkritischen Blick auf die Erfolge und Misserfolge unserer Kampagne, aber auch über mit dem Ausblick auf künftige Projekte und Initiativen.

Am Nachmittag erwartete die Teilnehmenden eine spannende Live-Diskussion mit dem WELT-Herausgeber Ulf Poschardt und dem Direktor des Prometheus-Instituts Clemens Schneider unter der Moderation unseres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Paavo. Über philosophische Fragen nach dem heutigen Zeitgeist über die Rolle des Staates hin zum Gesellschaftsbild und Ton einer liberalen Partei gab es viel Anlass zu angeregten Diskussionen, die für die eigene Meinungsbildung in die ein oder andere Richtung durchaus einprägsam sein konnte. Anschließend nahmen wir uns ausreichend Zeit, um in einer ausführlichen Aussprache uns über die Wahlnachlese und die Zukunft von Jungen Liberalen und FDP auszutauschen. Nach einem geselligen Abendessen wurde die „Ständige Vertretung“ mehrheitlich von JuLis belegt – die Nähe zum Hans-Dietrich-Genscher-Haus war für die meisten Gäste dann doch zu verlockend...

Der Sonntag stand schließlich ganz im Sinne der Zukunft unseres Verbands: In



vier verschiedenen Workshops – Verbandskultur und -struktur, Finanzen in der APO, Nachwuchsförderung und Kampagnenfähigkeit – gab es zunächst verschiedene Impulse von den Seminarleitern aus dem Bundesvorstand, worauf dann die Teilnehmenden gemeinsam Ideen sammeln und vor allem den Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen und Untergliederungen zu spezifischen Verbandsthemen stärken konnten. Viele dieser Ergebnisse wird der Bundesvorstand nun in den nächsten Wochen und Monaten aufgreifen und sukzessive in die bereits geplanten innerverbandlichen Projekte einfließen lassen.

Die anschließende Evaluation hat gezeigt: Die Verbandskonferenz war für alle Beteiligten ein gelungenes Veranstaltungsformat, das außerhalb von Bundeskongressen und anderen Seminaren dafür sorgen kann, auf der Ebene der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger einen intensiveren Austausch über aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze im Verband zu schaffen. Wenn es nach dem aktuellen Bundesvorstand geht, sollten auch künftige Vorstände dieses neue Format anbieten, um auch in APO-Zeiten unseren Zusammenhalt zu stärken.



# Politik ohne ABKÜRZUNG

## Unser Weg in die Regierung

# D

ie Nationalratswahl am 13. Oktober 2024 war ein politischer Wendepunkt. Mit 9,1 Prozent erzielten wir unser bislang bestes Ergebnis bei einer Nationalratswahl und konnten erstmals die Grünen hinter uns lassen - gleichzeitig landet die FPÖ auch erstmals mit 28,8% auf Platz 1. Zwei Wahlgewinner - und viele Verlierer. Der Wählerwille war eindeutig: Veränderung.

Unser Wahlkampf stand im Zeichen von Reformen - in der Wirtschaft, im Bildungssystem und bei den Pensionen. Themen, die lange vernachlässigt wurden und gerade für die Zukunft von jungen Menschen entscheidend sind. Denn während man sich in den letzten Jahren viel zu sehr im tagespolitischen Klein-Klein und in politischen Skandalen verlor, war für uns klar: Österreich braucht Reformen und ein neues Aufstiegsversprechen.

Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Genau dafür haben wir geworben bei Marktständen, in Schuldiskussionen und auf den Plakaten. Verantwortung zu übernehmen, klingt einfach - in einer Politik, die vom Taktieren lebt und Stabilität

**neos**  
DAS NEUE ÖSTERREICH

**neos**  
DAS NEUE ÖSTERREICH

nur selten priorisiert, ist es das nicht. Dies ist die Geschichte eines langen Wegs zur Verantwortung - und zugleich der Beginn einer neuen Etappe für uns Liberale in Österreich.

### Ausgerechnet mit den Altparteien?

Die FPÖ landete bei den Wahlen erstmals auf dem ersten Platz, dennoch galt eine Koalition unter der Führung von Herbert Kickl als wenig realistisch - zumindest zu diesem Zeitpunkt. Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) hatte im Wahlkampf unmissverständlich ausgeschlossen, mit Kickl zusammenzuarbeiten. Die rechnerischen Optionen waren eingeschränkt: Eine schwarz-blaue Koalition wäre nur ohne Kickl denkbar gewesen, während Schwarz-Rot lediglich über einen hauchdünnen Mandatsvorsprung verfügte - oder es bedurfte einer Dreierkoalition.

Am 25. Oktober begannen die Sondierungsgespräche zwischen ÖVP und SPÖ. Bereits am 12. November, nach der vierten Gesprächsrunde, luden die beiden Parteien unsere Mutterpartei NEOS als potenziellen dritten Koalitionspartner an den Verhandlungstisch. Mitte November wurde schließlich bekanntgegeben, dass erstmals drei Parteien gemeinsam Koalitionsgespräche führen würden. Auch für uns war dieser Schritt nicht ohne innere Debatte - schließlich haben wir uns ursprünglich gerade als Gegenentwurf zur Politik der alten Großkoalition gegründet. Mit ÖVP und SPÖ an einem Tisch zu verhandeln, war kein einfacher, aber ein bewusster Schritt - getragen von

der Überzeugung, dass Veränderung nur mit Verantwortung möglich ist.

Was zunächst als politischer Aufbruch erschien, entwickelte sich rasch zu einem Hürdenlauf. In mehreren Gruppen wurde über Wochen hinweg konstruktiv verhandelt - auch mehrere junge Liberale saßen in Bereichen wie Integration, Wohnen oder Digitalisierung mit am Verhandlungstisch. Dabei konnten bereits erste Erfolge erzielt werden. Doch die anfängliche Aufbruchsstimmung verflog bald. Innerhalb der ÖVP mehrten sich die Stimmen, die sich eine Rückkehr zur FPÖ wünschten, während sich Teile der SPÖ bereits bequem in der Rolle der Opposition einzurichten begannen. Und dann war da noch SPÖ-Vorsitzender Andreas Babler, dessen Rolle sich als Blockadefaktor erwies - besonders bei Budget, Pensionen und Standortpolitik.

Nach Wochen zunehmender Frustration trafen wir am 3. Januar eine schwere, aber notwendige Entscheidung: Wir verließen die Verhandlungen. Zu diesem Zeitpunkt war keine realistische und tragfähige Basis mehr erkennbar. Unter diesen Bedingungen wäre eine Regierungsbeteiligung nicht verantwortbar gewesen - nicht für unsere Wählerinnen und Wähler, nicht für Österreich. Ein „Weiter-So“ darf es nicht geben, doch genau das wäre der Fall gewesen. Statt gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, wurde blockiert, verzögert - und der Reformwille zunehmend auf die lange Bank geschoben.

### Volkskanzler gescheitert - Schwarz-Rot-Pink 2.0

Nach unserem Ausstieg versuchte man es zunächst mit einem anderen Modell: Schwarz-Rot ohne uns - rechnerisch ebenfalls möglich, allerdings nur knapp mit einem Mandat Überhang. Doch auch diese Variante hielt nicht lange - besser gesagt keine 24 Stunden. Rasch stand das politische Szenario eines „Volkskanzlers Kickl“ im Raum - ein Gedanke, der vielerorts Besorgnis auslöste. Kanzler Nehammer musste gehen, Christian Stocker (zu dem Zeitpunkt ÖVP-Generalsekretär) übernahm - und lotete erneut eine Öffnung Richtung FPÖ aus. Die Verhandlungen mit Kickl stellte auch die ÖVP vor eine Zerreißprobe. Am Ende waren es vor allem die Machtfragen rund um die Ressortverteilung, die eine Einigung verhinderten. Anfang Februar war auch dieser Versuch gescheitert. Herbert Kickl, der sich selbst gerne als „Volkskanzler“ inszeniert, bleibt eine zentrale Herausforderung für

die Republik. Seine Politik basiert auf Spaltung und kalkulierten Grenzüberschreitungen. Nach dem Scheitern von Schwarz-Blau eröffnete sich ein neues Fenster. Diesmal mit echtem Willen zur Einigung?

### Jetzt das Richtige tun - unsere Handschrift im Koalitionspapier

Nach einem intensiven Prozess kam es schließlich zu einer neuen Gesprächsrunde zwischen ÖVP, SPÖ und uns Liberalen. Allen war bewusst: Scheitert auch dieser Anlauf, droht eine Phase politischer Instabilität. Doch diesmal gelang der Durchbruch.

Am 3. März wurde die neue Bundesregierung angelobt - eine Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS. Das Regierungsprogramm trägt den Titel „Jetzt das Richtige tun“ und wurde mit 94,13 Prozent Zustimmung von den NEOS-Mitgliedern angenommen. Auf 211 Seiten finden sich zahlreiche Punkte, für die wir im Wahlkampf und in den Verhandlungen leidenschaftlich gekämpft haben: Eine echte Bildungswende, Reformen im Pensionssystem und eine Neuausrichtung der Integrationspolitik. Zudem ein klares Bekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit.

Besonders erfreulich ist, dass viele zentrale liberale Anliegen Eingang gefunden haben: Die Modernisierung des Bildungssystems, die Stärkung der zweiten und dritten Säule im Pensionssystem sowie ein verpflichtendes Integrationsjahr mit Fokus auf Sprache, Steuern und Werte. All das sind konkrete Fortschritte - und ein klarer Beweis dafür, dass liberale Politik wirkt, wenn sie Verantwortung übernimmt.

Die entscheidende Frage ist nun: Wie geht es weiter - und wie bringen wir diese Reformen vom Papier in die Realität?

### Ausblick - was jetzt zählt: Verantwortung. Reform. Wirkung.

Die politische Lage befindet sich weltweit, aber auch in Österreich, im Umbruch. Viele Menschen spüren, dass das alte System an seine Grenzen stößt - und erwarten zurecht neue Antworten. Die Wirtschaft stagniert und die Schulden sind auf einem Höchststand. Diese Regierung steht unter besonderer Beobachtung - zu Recht. Gerade im Hinblick auf die FPÖ gilt: Populismus bekämpft man nicht mit dem moralischen Zeigefinger, sondern vor allem mit einer Politik, die liefert.

Jetzt ist nicht die Zeit für Show, sondern für Substanz. Nicht für taktische Spielchen, sondern für echten Fortschritt. Mit dem Regierungsprogramm „Jetzt das Richtige tun“ wurde eine Grundlage geschaffen, auf der sich gestalten lässt - in der Bildungspolitik, in der Wirtschaft, bei der Integration und in Sachen Europa. Erstmals sind wir als Partei Teil der Bundesregierung - ein bedeutender Schritt für uns Liberale. Gleichzeitig liegt vor uns als Partei die Aufgabe, unsere Strukturen weiter zu stärken - vom Bodensee bis zum Neusiedlersee - und die Erfolge, die wir in Verantwortung erzielen, klar, verständlich und selbstbewusst zu kommunizieren. Genau das wird zur zentralen Herausforderung. Unser Ziel bleibt weiterhin klar: Ein modernes, chancengerechtes Österreich, in dem Leistung zählt - nicht Herkunft.

Österreich hat Besseres verdient als das politische Mittelmaß. Österreich hat Zukunft verdient. Am 13. Oktober 2024 haben sich die Österreicher:innen Veränderung gewählt. Diese „Zukunft“ und diese „Veränderung“ muss diese Regierung jetzt liefern. Und genau daran werden wir als junge Liberale konstruktiv, kritisch und konsequent mitarbeiten.



**TEXT: SOPHIE WOTSCHKE (26)**  
ist Bundesvorsitzende der JUNOS und Nationalratsabgeordnete in Österreich. Ihr erreicht sie unter [sophie.wotschke@junos.at](mailto:sophie.wotschke@junos.at)



**TEXT: FABIENNE LACKNER (27)**  
ist stellvertretende Bundesvorsitzende der JUNOS und Landtagsabgeordnete in Vorarlberg. Ihr erreicht sie unter [fabienne.lackner@junos.at](mailto:fabienne.lackner@junos.at)

Was wir Julis und FDPler jetzt tun müssen,

# UM WIEDER GROSS ZU WERDEN

**Wir alle haben eine große Niederlage erlebt.** Die FDP hat Wähler enttäuscht, keine Erfolge erzielt und schließlich die Konsequenz mit dem Rauswurf aus dem Bundestag erfahren

**J**etzt müssen wir handeln, Fehler vermeiden und aus den gemachten lernen. Wichtig ist, dass wir einen klaren Kurs verfolgen und zeigen, wie wichtig eine liberale Stimme in unserem Land ist. Wir müssen deutlich machen, was für ein Verlust ihre Abwesenheit im Bundestag ist und was das für jeden Einzelnen konkret bedeutet.

Es geht nicht nur um unsere Partei, es geht um das Prinzip: Freiheit, Eigenverantwortung und Leistung. Die Frage ist: Wollen wir weiterhin zusehen, wie linke und populistische Strömungen unser Land prägen – oder nehmen wir unser Schicksal selbst in die Hand?

Gerade jetzt sollten wir als Jugendorganisation lauter werden als je zuvor. Wir müssen Impulse setzen und der Gesellschaft Denkanstöße geben – auch wenn das Kritik hervorruft. Entscheidend ist, zu seinen Überzeugungen zu stehen und ihnen treu zu bleiben. Unsere Aufgabe als Julis ist es nicht nur, das Unbequeme auszusprechen, sondern die unbequeme Wahrheit zu vertreten. Denn nur durch echte Debatten entsteht Fortschritt. Es ist unsere Pflicht, das zu sagen, was viele denken, sich aber nicht trauen auszusprechen – oder Inhalte zu

posten, die polarisieren und Diskussionen auch außerhalb der FDP-Bubble anstoßen.

Unser Ziel darf nicht sein, allen zu gefallen. Unser Ziel muss sein, wieder relevant zu werden. Dafür braucht es Mut, Haltung und klare Worte. Seien wir mutig – und läuten wir eine neue Ära der Jungen Liberalen ein.

Ebenso wichtig ist es, den Menschen, bei denen wir Vertrauen verloren haben, konkrete Lösungen zu bieten. Eine konsequente Migrationspolitik, die personelle Stärkung der Polizei sowie erweiterte Befugnisse, um Freiheit im Inneren zu sichern – damit sich Menschen überall sicher fühlen können, ohne Angst.

Sicherheit ist Grundvoraussetzung für Freiheit. Wer den öffentlichen Raum aufgibt, gibt ein Stück Freiheit auf. Daher: Mehr Personal, bessere Ausstattung, null Toleranz gegenüber Gewalt und Parallelgesellschaften.

Wir müssen zeigen, dass wir die stärkste Stimme für Bürgerrechte und Meinungsfreiheit sind – dass wir glauben, jeder Mensch weiß selbst am besten, was gut für ihn ist, und dass der Staat die Bürger nicht bevormunden darf.

Der Staat ist nicht der bessere Mensch. Der Staat ist ein Dienstleister, kein Erzieher. Jeder Mensch sollte das Recht haben, seine eigenen Lebensentscheidungen zu treffen – ohne rotgrüne Besserwisserei oder paternalistische Eingriffe.

Was wir bei der Bundestagswahl gesehen haben, war klar: Wir haben den größten Teil unserer Wähler an die CDU und die AfD verloren. Das muss uns ein eindeutiges Signal sein.

Die CDU hat Vertrauen gewonnen, weil sie konservative Werte vertritt – oder weil man von der FDP enttäuscht war. Die AfD hat Wut abgefangen, weil sich viele Menschen nicht mehr gehört fühlen. Unser Platz ist nicht dazwischen – unser Platz ist dort, wo Verantwortung, Freiheit und wirtschaftliche Vernunft aufeinandertreffen. Wir müssen ein Angebot für Bürger ma-

chen, die nicht in der Vergangenheit leben, aber auch nicht in ein ideologisches Wolkenskuckuckheim flüchten wollen.

Wir Julis und die FDP gewinnen nicht durch einen innerparteilichen Linksruck. Wir gewinnen durch einen klaren Neustart – sichtbar, mutig, überzeugend.

Ein „Weiter so“ ist keine Option. Ein Linksruck wäre eine Katastrophe. Wer liberal ist, muss bereit sein, unpopuläre Wahrheiten auszusprechen.

Der größte Fehler wäre, so weiterzumachen wie bisher. Wir brauchen eine Modernisierung der Partei und unserer Jugendorganisation. Wir brauchen Mut.

Mut, wieder Politik zu machen, die nicht nur gut klingt, sondern gut wirkt. Mut, echte Reformen zu wagen – nicht linksgrüne Symbolpolitik, sondern konkrete Lösungen für die reale Welt.

Unsere größte Unterstützung beim Wiederaufbau ist Social Media. Die Zeiten, in denen man ohne großen Aufwand mediale Aufmerksamkeit erhielt, sind vorbei. Umso wichtiger ist es, maximale Reichweite zu erzielen.

Es reicht nicht mehr, nur in Gremien gut zu wirken. Wer nicht sichtbar ist, ist irrelevant. Unsere Ideen müssen in Reels, Tik-Toks, Beiträgen und Livestreams stattfinden – verständlich, emotional, provokant.

Selbst wenn ein Video inhaltlich simpel ist: Es zeigt, dass es uns gibt. Vielleicht klickt jemand aufs Profil – und erkennt dort unsere klare politische Haltung. Einige folgen dann oder verfolgen unsere Arbeit weiter. Das ist nicht zu unterschätzen. Wenn wir dann Inhalte in Storys posten, erreichen wir Tausende, die uns sonst nicht gehört hätten.

Digitale Sichtbarkeit ist politisches Kapital. Jeder von uns kann dazu beitragen, dass liberale Ideen wieder eine große Stimme bekommen – durch Reichweite, durch Interaktion, durch Haltung.

Deshalb ist Polarisierung so wichtig. Ohne Reibung keine Reichweite. Ohne Zuspitzung keine Aufmerksamkeit. Ohne Mut keine Bewegung.

Wenn dann auch Interviewanfragen von Medien folgen, weil sie durch unsere Reels auf uns aufmerksam werden – insbesondere durch bewusst zugespitzte Beiträge – haben wir eine neue Bühne, um unsere Inhalte zu erklären und Menschen für unsere liberale Familie zu begeistern.

Wir brauchen keine weichgespülten Kompromissbotschaften. Wir brauchen ein klares Profil. Wer nicht angegriffen wird, sagt nichts Relevantes. Polarisierung ist kein Populismus – sie ist Mut zur Position.

Social Media muss unser zentrales Thema werden. Wir müssen hier Experten werden – und andere Jugendorganisationen überholen. Denn es darf nicht sein, dass wir die geringste Reichweite, die wenigsten Likes und Follower haben. Ich bin überzeugt: Jeder von uns kann zeigen, dass es sich lohnt, liberal zu sein.

Liberal zu sein heißt: Nicht bequem, sondern notwendig. Es heißt, sich für das einzusetzen, was viele vergessen haben – Freiheit, Verantwortung, Marktwirtschaft und Rechtsstaat.

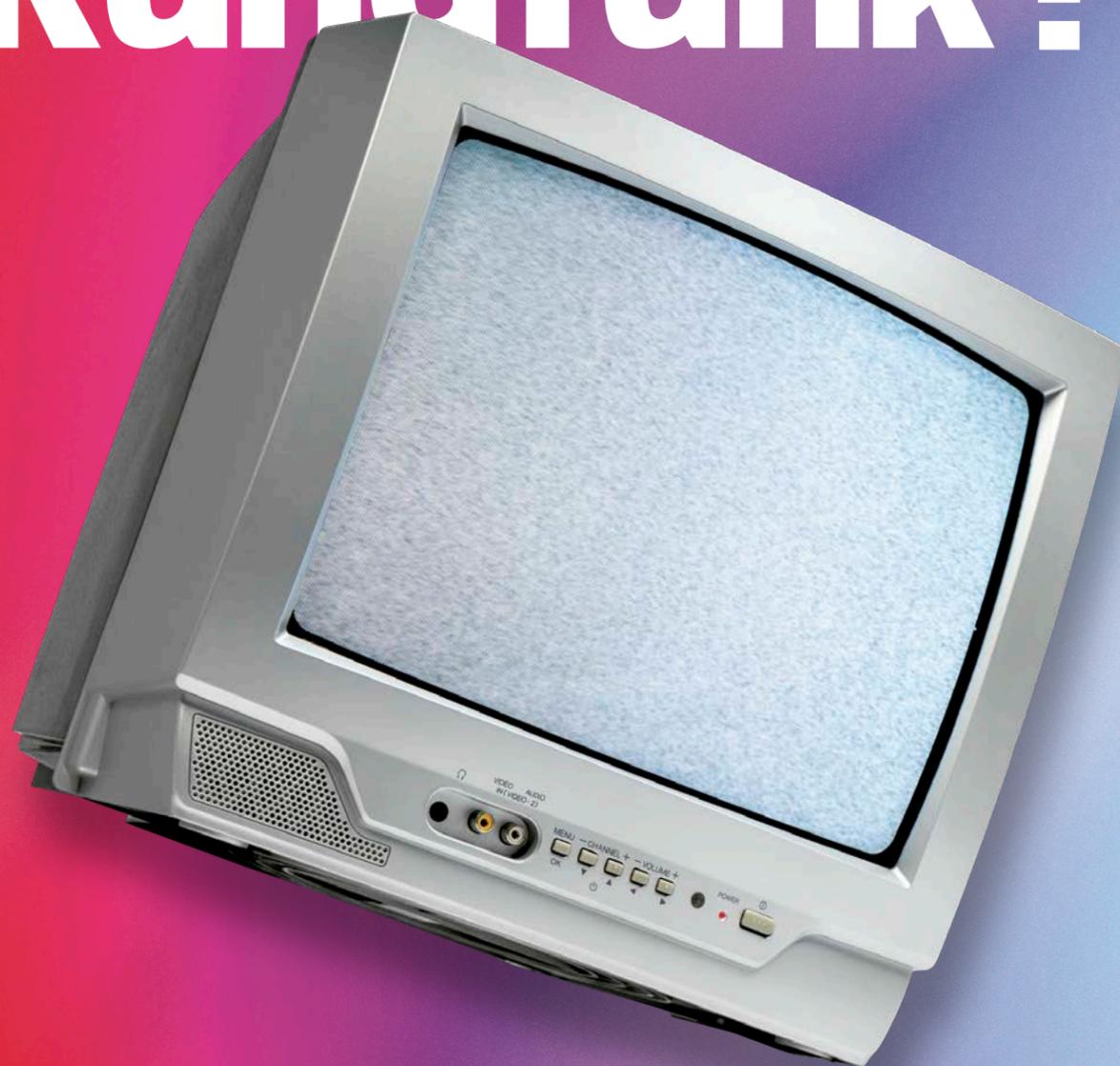
Dazu gehört auch, die Probleme der Jugend radikal ernst zu nehmen und unsere Lösungen zu präsentieren – frischer, moderner, glaubwürdiger als bisher. Auch wenn ich den inhaltlichen Positionen der Linken widerspreche, können wir uns in einem Punkt etwas anschauen – etwa von Heidi Reichinnek.

Nicht inhaltlich, aber in ihrer Konsequenz, ihrer Präsenz und ihrer Fähigkeit, junge Menschen zu mobilisieren, kann sie ein Vorbild sein. Unsere Inhalte sind besser – aber unsere Verpackung muss genauso durchschlagskräftig werden. Nicht mit Populismus, sondern mit Wahrheit.



**TEXT: LARS JAN VERWAAL (16)**  
ist stellvertretender Kreisvorsitzender der Julis  
Ulm-Biberach. Ihr erreicht ihn unter  
[larsjanverwaal@gmail.com](mailto:larsjanverwaal@gmail.com)

# Junge Liberale, alter Rundfunk?



Wie die liberale Jugend über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk denkt

# D

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) steht in Deutschland seit Jahren unter Druck – sei es wegen hoher Ausgaben, Skandalen oder dem Vorwurf politischer Schlagseite. Besonders aus liberaler Perspektive häuft sich die Kritik. Doch was denken eigentlich die Jungen Liberalen über den ÖRR? Dieser Frage bin ich im vergangenen Jahr im Rahmen einer Forschungsarbeit gemeinsam mit einem Kommilitonen nachgegangen.

Ziel war es, herauszufinden, wie JuLis zu Vertrauen, Reformbedarf und konkreten Kritikpunkten am ÖRR stehen. Die Debatte ist hochaktuell: Eine Civey-Umfrage zeigt, dass zwei Drittel der Bevölkerung den ÖRR in der Krise sehen. Auch parteipolitisch gibt es klare Linien – während Grüne und SPD-Anhänger tendenziell Vertrauen zeigen, sind FDP- und AfD-nahe Menschen deutlich skeptischer. Der Ruf nach Reformen wird lauter – nicht nur auf Parteitag, sondern auch in der Forschung. Dabei lassen sich die geäußerte Kritik und die Reformwünsche grob in vier Felder gliedern: Erstens stören sie sich an den Kosten und Strukturen. Der Rundfunkbeitrag gilt als zu hoch, gerade im Verhältnis zum Nutzen. Teure Doppelstrukturen, überhöhte Gehälter und ineffiziente Abläufe führen zu der Forderung nach einem schlankeren System und nutzungsabhängigen Gebühren. Zweitens geraten Inhalte und politische Unabhängigkeit in die Kritik. Bildung und Information kommen aus ihrer Sicht zu kurz, während Unterhaltung dominiert. Zudem wird dem ÖRR eine linke Schlagseite unterstellt – viele fühlen sich weltanschaulich nicht vertreten. Drittens sorgt mangelnde Transparenz für Vertrauensverlust. Skandale wie beim rbb oder WDR werden als Beleg für fehlende Kontrolle gewertet. Gefordert werden klare Regeln, stärkere Aufsicht und echte Konsequenzen bei Fehlverhalten. Viertens wird die Digitalisierung als zu zögerlich wahrgenommen. Viele Formate wirken veraltet, junge Zielgruppen werden kaum erreicht. Der Wunsch nach modernen, plattformgerechten Angeboten ist entsprechend groß.

Unsere Onlinebefragung unter 221 Jungen Liberalen wurde im Januar 2024 durchgeführt. Die nicht repräsentative, aber aufschlussreiche Stichprobe (überwiegend männlich, im Schnitt 23 Jahre alt, hoch gebildet und aus allen Bundesländern stammend) wurde über WhatsApp-Gruppen in einem Schneeballverfahren rekrutiert. Inhaltlich befasste sich der Fragebogen mit Vertrauen, Kritik und Reformideen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit dem Fokus auf den oben genannten vier zentralen Kritikfeldern. Die Bewertung erfolgte in zentralen Bereichen auf einer klassischen 5er-Likert-Skala von -2 = Stimme gar nicht zu bis +2 = Stimme voll und ganz zu. Diese Skala erlaubt eine Einschätzung der Zustimmung bzw. des Vertrauensniveaus zu verschiedenen Aussagen oder Themenfeldern. Im Folgenden werden die zentralen Erkenntnisse aufgeführt

## Vertrauen in den ÖRR: Ambivalenz statt Ablehnung

Die Jungen Liberalen (JuLis) stehen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) mit Skepsis, aber nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Auf einer Skala von -2 bis +2 liegt das durchschnittliche Vertrauen bei  $M = 0,24$  – ein neutraler bis leicht positiver Wert. Konkret halten 55,9 % den ÖRR für „eher“ oder „voll und ganz“ vertrauenswürdig, während 31,7 % ihn „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ vertrauen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, in der laut WDR (2020) rund 70 % hohes Vertrauen äußern, zeigt sich bei den JuLis ein deutlich niedrigerer Wert. Im Vergleich zu anderen Medienarten rangiert der ÖRR im Mittelfeld. Das höchste Vertrauen genießen überregionale Tageszeitungen ( $M = 0,73$ ), gefolgt von Tageszeitungen allgemein ( $M = 0,46$ ) und Regionalzeitungen ( $M = 0,31$ ). Privates Fernsehen ( $M = -0,05$ ) und Boulevardzeitungen ( $M = -1,43$ ) schneiden deutlich schlechter ab. Auch digitale Quellen werden kritisch bewertet: Nachrichten über Suchmaschinen ( $M = -0,36$ ), soziale Netzwerke ( $M = -0,79$ ), Videoplattformen ( $M = -0,64$ ) und alternative Nachrichtenseiten ( $M = -1,09$ ). Auch im Vergleich zu anderen Institutionen rangiert der ÖRR nur im Mittelfeld: Wissenschaft ( $M = 1,42$ ) und Justiz ( $M = 1,13$ ) schneiden deutlich besser ab, während Kirchen ( $M = -1,0$ ) und Politik ( $M = -0,02$ ) noch weniger Vertrauen genießen. Gleichzeitig sprechen sich viele JuLis für Reformen aus: Der Wunsch nach Veränderung liegt bei  $M = 1,62$ . Eine

**M = 1,61**  
Zustimmung zur Idee einer gemeinsamen digitalen Mediathek – ein starker Hinweis auf den Wunsch nach Modernisierung

**88,3%**  
halten den Rundfunkbeitrag für zu hoch – der höchste Zustimmungswert unter allen abgefragten Reformthemen

**63,2%**  
fordern eine nutzungsabhängige Gebühr für den ÖRR – statt pauschaler Beitragspflicht

Abschaffung des ÖRR lehnen 69,2 % ab, 24,5 % befürworten sie.

### Finanzierung unter Druck: Beitrag, Gehälter und Strukturen im Fokus

Die Finanzierung ist ein zentrales Kritikfeld: 88,3 % halten den Rundfunkbeitrag für zu hoch, 63,2 % stimmen dem sogar stark zu (M = 1,57) – der höchste Wert unter allen abgefragten Reformthemen. Zudem fordern 64 % eine nutzungsabhängige Gebühr (M = 0,61). Kritik äußern die JuLis auch an Kostenstrukturen: Zu hohe Gehälter und Pensionen (M = 1,38), ein zu teuer produziertes Programm (M = 1,18). Entsprechend hoch ist die Zustimmung zu einer Zusammenlegung von ARD und ZDF (M = 0,96) sowie der Landesrundfunkanstalten (M = 0,76).

### Linksdrill und Lebensferne: Die inhaltliche Kritik der JuLis

Die politische Ausrichtung des ÖRR wird mehrheitlich als links wahrgenommen: 81 % sehen ihn als „eher links“ oder „links“ (M = -1,27), nur 1,5 % als „eher rechts“ oder „rechts“. Ob der ÖRR zur Demokratisierung beiträgt, wird ambivalent bewertet (M = 0,32); die Antworten polarisieren stark. 60,9 % glauben, der ÖRR sei politisch abhängig, 20,8 % widersprechen. Auch bei der Frage nach Ausgewogenheit (M = 0,85) und falscher Themenfokus (M = 0,53) zeigt sich Kritik. 38,6 % bewerten die Qualität der Inhalte negativ und wiederum 27,4 % erkennen die eigene Lebensrealität nicht im Angebot wieder. Klar ist: Die JuLis wünschen sich einen Fokus auf die Kernaufgaben (M = 1,54). Nur 20,8 % befürworten den Unterhaltungsauftrag. Stattdessen stehen politische Berichterstattung (91,1 %), Wissenschaft (90,1 %) und Kultur (52,6 %) im Vordergrund – weit vor Sport (37,5 %) oder Religion (13 %).

### Skandale und Strukturen: Fehlende Aufsicht als Problemfeld

Ein großer Teil der Befragten empfindet den ÖRR als intransparent (M = -0,95). Skandale der vergangenen Jahre haben das Vertrauen weiter geschwächt (M = 1,04). Auch die bestehenden Kontrollgremien wie Rundfunk- und Fernsehräte gelten als unzureichend (M = -0,79). Die Forderung nach besserer Kontrolle der Führungsetagen findet breite Zustimmung (M = 1,28).

**69,2%**  
lehnen eine Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ab – trotz massiver Kritik

**81%**  
sehen den ÖRR als politisch „eher links“ oder „links“ – ein klares Signal für die Wahrnehmung ideologischer Schlagseite



**TEXT: ANJA WIDENMANN (26)** ist Vertrauensperson bei den JuLis und stellt gerade ihre Master-Arbeit zu politischer Kommunikation fertig. Du erreichst sie unter [widenmann@julis.de](mailto:widenmann@julis.de)

### Digitalisierung: Wunsch nach Fortschritt

Die digitale Entwicklung des ÖRR wird positiv gesehen (M = 1,4). Eine gemeinsame digitale Mediathek findet besonders hohen Zuspruch (M = 1,61). Die Idee eines rein digitalen ÖRR polarisiert hingegen stark (M = -0,12).

### Fazit der Untersuchung: Reformforderungen statt Rundfunk-Aus

Die Jungen Liberalen stehen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk überwiegend kritisch gegenüber, sehen ihn aber nicht als überflüssig, sondern als reformbedürftig. Die vorliegende Forschungsarbeit zeigt, dass sich die meiste Kritik in vier zentralen Bereichen bündelt: Am deutlichsten fällt die Ablehnung im Bereich der Kosten und Strukturen aus. Viele empfinden den Rundfunkbeitrag als zu hoch, sehen in der Organisation unnötige Doppelstrukturen und fordern ein deutlich schlankeres System. Auch bei Inhalten und Unabhängigkeit ist das Urteil scharf: Der ÖRR verfehle aus Sicht der JuLis seinen Bildungs- und Informationsauftrag und setze stattdessen zu stark auf Unterhaltung. Zudem gilt er als politisch nicht ausgewogen – viele nehmen eine klare Schlagseite nach links wahr. Skandale und mangelnde Transparenz verstärken den Vertrauensverlust zusätzlich. Die JuLis sehen Versagen in den Kontrollgremien und fordern strengere Aufsicht sowie echte Konsequenzen bei Fehlverhalten. Im Bereich Digitalisierung wird dem ÖRR vorgeworfen, zu langsam auf neue Mediengewohnheiten zu reagieren. Junge Zielgruppen fühlen sich nicht ausreichend angesprochen – viele Formate wirkten altmodisch. Bei der Untersuchung handelt es sich um eine umfassende Forschungsarbeit, deren zentrale Ergebnisse aus Platzgründen hier nur zusammengefasst dargestellt werden können. So wurden darüber hinaus auch signifikante Gruppenunterschiede – etwa zwischen Geschlechtern, Regionen, Altersgruppen sowie Viel- und Wenigsehern – analysiert, die teils deutliche Unterschiede in der Bewertung des ÖRR zeigen. Insgesamt gibt die Studie Hinweise darauf, dass die JuLis grundlegende Reformen fordern: Weniger Kosten, mehr Unabhängigkeit, moderne Strukturen und Inhalte mit klarem Informationsfokus. Oder, um es mit den Worten eines JuLi-Antrags und dem Titel dieser Studie zu sagen: „Traumschiff versenken.“

# Digital First – Verwaltung Second?

## Warum es Zeit ist, Deutschland aus der digitalen Steinzeit zu holen

**D**u willst deinen Wohnsitz ummelden? In Estland dauert das zwei Minuten. In Deutschland? Viel Glück – du brauchst einen Termin beim Amt, ein ausgedrucktes Formular und im Idealfall eine Woche Urlaub. Willkommen in einem Land, das Autos baut wie die Zukunft, aber Behörden hat wie früher. Deutschland hängt digital hinterher. Nicht, weil wir keine Technik haben – sondern weil wir sie nicht nutzen. Weil wir Bürokratie wie ein Museumsstück behandeln: Bloß nicht anfassen, auf keinen Fall verändern. Dabei ist längst klar: Unser Staat erstickt an Formularen, Regeln und Zuständigkeiten. Und das kostet – Zeit, Geld und Vertrauen.

Ich sage: Digital First – Verwaltung Second. Nicht, weil ich Verwaltung ablehne. Sondern weil ich möchte, dass sie funktioniert. Schnell, einfach, bürgerfreundlich. Eine Verwaltung, die nicht im Weg steht, sondern den Weg freimacht – für Ideen, Unternehmen und echten Service.

Die Realität sieht anders aus: Digitalisierung wird oft nur „abgearbeitet“. Abläufe werden nicht neu gedacht, sondern einfach ins Internet kopiert – mit denselben Formularen, denselben Hürden, nur eben als PDF. Der Unterschied? Man muss sie jetzt selbst ausdrucken. Was wir brauchen, ist ein digitaler Ruck. Keine neuen Papiere, sondern echte Veränderungen:

Ein zentrales Bürgerportal, das alles bündelt – von der Geburtsurkunde bis zum Elterngeld. Eine Verwaltung, die rund um die Uhr erreichbar ist. Und ein digitaler Ausweis, der wirklich nützlich ist – nicht nur hübsch aussieht.

Vor allem aber: Wir müssen Schluss machen mit dem deutschen Papier-Fetisch. Es ist absurd, dass handgeschriebene Unterschriften auf ausgedruckten Dokumenten noch immer mehr zählen als digitale Signa-

turen. In der Privatwirtschaft längst normal – im Amt noch Zukunftsmusik.

Und was ist mit Datenschutz? Klar, der ist wichtig. Aber Datenschutz darf kein Vorwand für Stillstand sein. Wir brauchen Regeln, die unsere Rechte schützen – aber gleichzeitig auch Fortschritt möglich machen. Wer jede neue Lösung sofort verbietet, verhindert am Ende nur, dass überhaupt etwas besser wird.

Aber nicht nur Technik fehlt. Es fehlt auch an Einstellung. Viele Verwaltungen arbeiten noch wie früher: Lieber keine Experimente, keine Fehler, keine Verantwortung. Dabei brauchen wir das Gegenteil – mehr Mut, mehr Flexibilität, mehr Lust auf Neues. Verwaltungen sollten Orte sein, an denen Probleme gelöst werden – nicht, wo sie liegen bleiben.

Dann ist da noch das größte Problem: Es fehlen Leute. Die besten IT-Talente bewerben sich selten beim Amt. Kein Wunder – die Bedingungen stimmen oft nicht. Wir brauchen moderne Arbeitsplätze, mehr Freiheit im Job, bessere Bezahlung – und endlich ein System, das Lust macht, mitzugestalten.

Denn klar ist: Ein moderner Staat ist kein Luxus. Er ist nötig, damit alles andere funktioniert. Wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Sachen in Minuten regeln können, bleibt mehr Zeit für das, was zählt – Familie, Job, Leben.

Digitalisierung ist kein Extra. Sie ist die Grundlage dafür, dass unser Staat im Alltag überhaupt funktioniert. Und sie ist eine Frage der Fairness. Denn wer leidet am meisten unter langsamen Ämtern? Nicht die, die jemanden kennen oder sich Hilfe leisten können, sondern die, die schnell Unterstützung brauchen.

Ich sage: Schluss mit Ausreden. Schluss mit „das geht nicht“. Stattdessen: Digital denken, Bürger ernst nehmen, Verwaltung neu erfinden. Nicht irgendwann. Jetzt – denn alles lässt sich ändern!



**TEXT: FLORIAN SILVESTRI (15)** ist Schüler auf einem Gymnasium und Mitglied im Ortsverband Gelsenkirchen. Du erreichst ihn unter: [florian.silvestri@web.de](mailto:florian.silvestri@web.de)

# Gender Health Gap: Wir brauchen keinen **FEMINISMUS, ODER?**



„Wir  
brauchen  
keinen  
Feminismus  
mehr.“

**D**ieser Satz ist mir in den letzten Monaten in den sozialen Medien beunruhigend oft begegnet. Derartige Kommentare sind häufig unter Aufklärungsvideos über Femizide und aktive Unterdrückung von Frauen zu lesen. Die Verfasser dieser Kommentare behaupten, dass Deutschland fortschrittlich und aufgeklärt sei und es daher keinen Grund gebe, für Frauenrechte in Deutschland zu kämpfen.

Während die Frauen wie beispielsweise in Afghanistan systematisch unterdrückt werden und aktiv von Menschenrechten sowie dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden, erfahren Frauen in patriarchalen Industrieländern, wie Deutschland, Unterdrückung in struktureller Form, wie dem Gender Pay Gap oder auch die Benachteiligung in der Medizin.

Frauen werden schlechter medizinisch versorgt als Männer. Das fängt bei der Dia-

gnose an, geht über die Medikamentenentwicklung, bis hin zur alltäglichen medizinischen Behandlung. Der sogenannte „Gender Health Gap“ beschreibt systematische geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung. Frauen erhalten öfter Fehldiagnosen und schlechtere medizinische Versorgung als Männer.

Viele Studien stützen sich überwiegend auf männliche Testpersonen. Damit sind Frauen in der medizinischen Forschung bis heute unterrepräsentiert. Ein wesentlicher Grund dafür sind biologische Unterschiede, wie etwa die Verteilung von Fett, Muskelmasse und Körperwasser, die beeinflussen, wie ein Medikament im Körper aufgenommen, verteilt, abgebaut und wieder ausgeschieden wird. Zudem sorgt der stabile Hormonhaushalt bei biologischen Männern, im Gegensatz zu hormonellen Schwankungen durch Menstruation, Schwangerschaft oder Menopause bei biologischen Frauen, für vergleichbare Studienbedingungen.

Die körperlichen Unterschiede führen dazu, dass bestimmte Substanzen in gleicher Menge bei Frauen anders wirken können als bei Männern und beispielsweise langsamer abgebaut werden. Besonders bei Medikamenten, die gezielt an Rezeptoren – also Empfänger-moleküle an der Zelloberfläche – binden, sind die Unterschiede deutlich. Viele dieser Rezeptoren reagieren bei Frauen anders als bei Männern, was bedeutet, dass bestimmte Wirkstoffe bei Frauen weniger effektiv an den Zellen anhaften können. Aus diesem Grund benötigen Frauen oft eine geringere Dosis. Wenn Therapien die Unterschiede im Stoffwechsel und bei den Zellrezeptoren nicht berücksichtigen, kann es im schlimmsten Fall zu einer Überdosis kommen, was das Risiko unerwünschter Nebenwirkungen deutlich erhöht.

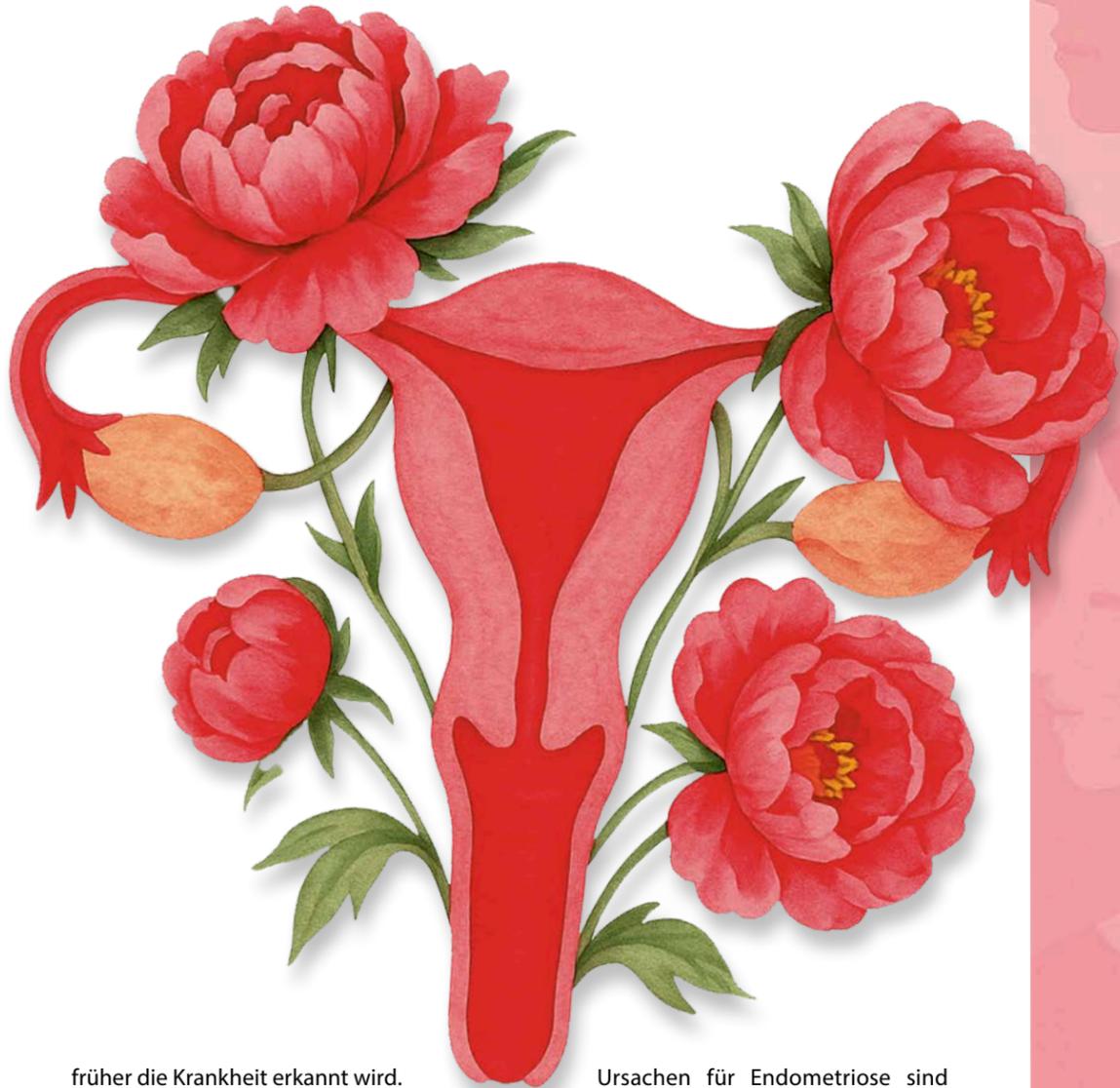
Dadurch sind Krankheiten, an denen hauptsächlich biologische Frauen erkranken, wie Endometriose, bislang noch unerforscht. Fehldiagnosen sind somit un-

vermeidlich. Diese betreffen jedoch nicht nur gynäkologische Erkrankungen wie Endometriose. Auch bei anderen Krankheitsbildern zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede, die in der medizinischen Praxis häufig übersehen werden. So verlaufen Herzinfarkte bei Frauen oft anders als bei Männern. Statt typischer Brustschmerzen klagen sie häufiger über Rückenschmerzen, Atemnot oder Übelkeit. Diese Symptome gelten als „atypisch“ und werden dadurch seltener korrekt diagnostiziert, was zu verspäteter Behandlung und schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen führen kann. Auch psychische Erkrankungen wie ADHS werden bei Frauen oft erst spät oder falsch erkannt, da sich die Symptome meist subtiler äußern, wie etwa in innerer Unruhe, Tagträumerei oder Überanpassung, statt in klassischer Hyperaktivität. Solche geschlechtsspezifischen Ausprägungen sind in medizinischen Diagnoserichtlinien nach wie vor unzureichend berücksichtigt.

Laut der WHO (Stand März 2023) sind weltweit 10% aller Frauen im gebärfähigen Alter von Endometriose betroffen. Das umfasst 190 Millionen Frauen, denen keine Ursache für ihre chronische Erkrankung genannt werden kann.

Häufig werden ernste Menstruationsbeschwerden verharmlost und so werden Schmerzpatienten nicht ernst genommen. Wenn Patientinnen über Schmerzen beim Wasserlassen oder Schmerzen an der Blase klagen, erhalten sie eine Überweisung zum Urologen, ihre Unterleibskrämpfe werden als gewöhnliche Menstruationsschmerzen gedeutet oder es werden Entzündungen der Eierstöcke oder das Prämenstruelles Syndrom (PMS) diagnostiziert. Endometriose wird häufig erst zuletzt als Ursache in Erwägung gezogen. Vom Auftreten der ersten Symptome bis zur Diagnosestellung vergehen bei Schmerzpatienten bis zu 10 Jahre. Dabei können die Symptome der Endometriose besser eingedämmt werden, je

# „Vom ersten Symptom bis zur Diagnose **vergehen oft zehn Jahre.**“



früher die Krankheit erkannt wird.

Einige Symptome der chronischen Krankheit können starke Schmerzen während der Periode, beim Geschlechtsverkehr, beim Stuhlgang und/oder Wasserlassen, chronische Beckenschmerzen, Blähungen, Übelkeit, Müdigkeit und manchmal Depressionen, Angstzustände und Unfruchtbarkeit sein. Da Endometriose sich auf den Hormonhaushalt und das Immunsystem auswirkt, wird sie auch als systemische Erkrankung angesehen, die von Ärzten verschiedener Fachrichtungen behandelt werden sollte. Die

Ursachen für Endometriose sind noch ungeklärt. Daher gibt es nach aktuellem Stand auch keine Behandlung, mit der Endometriose ursächlich geheilt werden kann.

Bis heute ist noch nicht vollständig geklärt, wie genau Endometrioseherde entstehen und warum sie bestehen bleiben. Eine verbreitete Erklärung besagt, dass sich das Endometriosegewebe außerhalb der Gebärmutter ähnlich verhält wie die Gebärmutter Schleimhaut: Es reagiert auf bestimmte Hormone, baut sich im Laufe des Menstruationszyklus auf, wird wieder



abgebaut und blutet schließlich ab. Anders als bei der normalen Monatsblutung kann dieses Blut und Gewebe den Körper jedoch nicht verlassen. Stattdessen sammelt sich das abgestoßene Gewebe im Inneren des Körpers an, häufig in der Bauchhöhle, wo es sogenannte Endometrioseherde bildet – kleine Ansammlungen von Gewebe, die sich an unterschiedlichen Stellen festsetzen können. Besonders häufig lagern sich diese Herde an den Eierstöcken ab. Dort

Außerdem verändern entzündliche Prozesse die Zusammensetzung der Bauchflüssigkeit, was die Beweglichkeit und Lebensfähigkeit der Spermien einschränken können. Die Endometriose kann die hormonellen Abläufe und die körpereigenen Abwehrmechanismen so durcheinanderbringen, dass die Eizellreifung, der Eisprung oder die Einnistung der befruchteten Eizelle erschwert werden, was insgesamt zu einer deutlich verringerten Empfängniswahrscheinlichkeit führt.



**TEXT: VICTORIA KAMPRATH (18)**  
absolviert seit September ihr Freiwilliges Soziales Jahr in der Bundesgeschäftsstelle. Ihr erreicht sie unter [kamprath@julius.de](mailto:kamprath@julius.de)

ANZEIGE:

**Svenja Hahn**  
Mitglied des Europäischen Parlaments

renew europe.

Freie Demokraten  
FDP

# Europas **Entwicklungshilfe** auf dem **RÜCKZUG**

Ein chinesisches  
Zebra zeigt,  
wo wir **anpacken**  
müssen



## **S**üdafrika: Schön, komplex – und zerrissen

Das Erste, was ich sehe, als ich am Flughafen in Johannesburg ankomme, ist ein Werbeplakat. Darauf zu sehen: Ein Zebra. Safari-Style. Mit Safari hat es allerdings nichts zu tun, sondern mit Krediten. Der Urheber: Die Bank of China.

In diesem Moment wird mir klar: Mein Freiwilligenjahr in Südafrika ist nicht nur für mich persönlich, sondern auch im Kontext der geopolitischen Entwicklungen interessant.

Ich erkenne schnell: Südafrika ist ein wunderschönes Land. Die Küstenstraßen in Kapstadt zählen zu den atemberaubendsten der Welt, die Natur ist genauso vielfältig wie die Gesellschaft – eine echte Rainbow Nation.

Ebenso vielfältig sind allerdings die Probleme: Südafrika ist laut Gini-Koeffizient das sozial ungleichste Land der Welt, die Mordraten in vielen Städten sind hoch, und auch das einst fortschrittliche Gesundheitssystem ist häufig überlastet. Dabei hat Südafrika vor allem im Gesundheitssektor große Herausforderungen zu meistern.

### **USAid gegen HIV: Wie Entwicklungshilfe Geschichte schrieb**

Die HIV-Epidemie hat das Land mindestens so sehr geprägt wie Covid-19. Im Jahr 2004 lebte etwa jeder fünfte Mensch in Südafrika mit HIV – insgesamt fünf Millionen Menschen waren infiziert. Jährlich kamen bis zu einer halben Million Neuinfektionen hinzu. Die Pandemie schien kaum aufzuhalten zu sein.

Dann kam USAid. Die republikanische US-Regierung entschied damals – trotz einer skeptischen Haltung der Südafrikaner – Millionen in die HIV-Behandlung zu investieren. Die Pandemie sollte gestoppt werden.

### **Stimmungsumschwung 2024: Von Hoffnung zu Misstrauen**

Zwanzig Jahre später, im September 2024, ist die Lage eine andere. Der US-Wahlkampf ist in vollem Gange, die Stimmung gegenüber den USA, sie bleibt skeptisch.

Der Westen sei zu belehrend, spiele sich als moralische Instanz auf – trotz kolonialer Vergangenheit und teils fortbestehender postkolonialer Strukturen. Die Verheißung: Donald J. Trump. In Südafrika ist sein Zuspruch groß. Er gilt als Macher, als jemand, der anpackt, den Wandel bringt. Hoffentlich auch: Kriege beendet. Schnell und unbürokratisch. Oder wie in diesem Fall: Verheerend.

### **Wenn Hilfe versiegt: 220.000 Behandlungen – einfach weg**

Schon wenige Monate später kippt die Stimmung. Trump ist gewählt und ordnet kurz nach Amtsantritt den Stopp nahezu aller Auslandshilfen an. Südafrika ist geschockt. Immerhin ist das Land einer der größten Empfänger von US-Hilfsgeldern – und das macht sich nun auf dramatische Art und Weise bemerkbar.

Hilfsorganisationen mit US-Mitteln stehen

plötzlich vor dem Aus. Mitarbeitende werden entlassen, Gebäude stehen leer.

Die HIV-Behandlung: für 220.000 Menschen plötzlich ausgesetzt. Donald Trump wird über Nacht zu einem der unbeliebtesten Menschen im Land.

Der Schock zieht sich durchs ganze Land. Auch meine Einsatzstelle Masifunde, ein Bildungsprojekt in Gqeberha, früher bekannt als Port Elizabeth, das nie US-Gelder erhalten hat, ist besorgt. Sponser beginnen sich zurückzuziehen, wollen dort helfen, wo es „noch dringender“ sei. Die Mittel für alles – sie sind schlicht nicht verfügbar.

Die Entscheidung der USA, sie befeuert eine Kettenreaktion. Nicht nur auf nationaler Ebene. Denn wer will die mindestens 8 Milliarden Lücken füllen, die die fehlenden US-Dollar auf dem afrikanischen Kontinent hinterlassen?

### **Origami gegen Papiertiger: China und die EU im Wettlauf**

Im März 2025 kündigt der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz an, die Entwicklungshilfe neu aufstellen zu wollen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit soll ins Auswärtige Amt eingegliedert werden. Effektiv und unbürokratisch. Aber: Wie viel vom Budget bleibt dann wohl noch übrig?

Während der Westen überlegt, kürzt und zögert, agiert einer ohne Skrupel und mit System: China.

China vergibt unkomplizierte Kredite – keine moralischen Belehrungen, nur strategische Gegenleistungen. In Südafrika kommt das gut an. Seit BRICS dürfen Südafrikaner visafrei nach China reisen. Das wirkt wie echte Partnerschaft. China wie der große Bruder.

Währenddessen ist visafreies Einreisen für Südafrikaner in den Schengenraum unvorstellbar. Gleichberechtigung? Für viele Südafrikaner offenbar nur in Kooperation mit dem Reich der Mitte möglich.

Doch auch China macht Fehler: Die teils fragwürdigen Bedingungen der Kredite bleiben auch afrikanischen Staaten nicht verborgen. Auch die Nähe zu Russland wird in der südafrikanischen Bevölkerung im Angesicht des Angriffskriegs in der Ukraine kritisch gesehen.

### **China und die USA taumeln – Zeit für Europas Auftritt**

Chinas Gier und Trumps Rückzug bieten Europa eine seltene Chance. Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte – Kann

das Europa sein? Viel zu lange hat die EU in Afrika keine echte, einheitliche außenpolitische Strategie verfolgt. Ja, es gibt den EU-Afrika-Gipfel. Aber im Vergleich zum chinesischen CAF wirkt er wie ein reines Lippenbekenntnis.

Während die EU in Abschlussdokumenten von „wertegeleiteter Außenpolitik“ und „feministischer Diplomatie“ spricht, baut China längst Straßen, Häfen und Netze – ohne viele Fragen zu stellen.

Natürlich soll Diplomatie auch Werte transportieren. Aber kann man in einem Land, in dem ein Viertel der Menschen in Townships lebt und Gewalt allgegenwärtig ist, wirklich zunächst Frauenquoten einfordern? Oder wäre es nicht sinnvoller, zunächst Vertrauen zu schaffen, Infrastruktur zu fördern und konkrete Hilfe zu leisten – bevor man über Ideale spricht?

### **Jetzt. Oder nie.**

Wenn wir es nicht machen, macht es ein anderer. Chinas neue Seidenstraße reicht längst bis an Europas Tore.

Europas globales Tor, die Initiative „Global Gateway“, sie existiert zwar – aber noch ist niemand durchs Tor gegangen. China schreitet unaufhörlich voran – währenddessen Politiker in Brüssel über Nachhaltigkeitskriterien für Länder debattieren, in denen es nicht einmal funktionierende Bahnnetze gibt.

Europa braucht eine Entwicklungspolitik, die schnell, effektiv und überprüfbar ist. Die Chancen dafür sind jetzt – und kommen vielleicht nie wieder.

Wir haben die diplomatischen Kanäle. Die Bereitschaft ist da. Jetzt muss Europa handeln. Sonst hängen bald nicht nur in Johannesburg chinesische Zebras. Sondern auf der ganzen Welt.



**TEXT: LUCAS SILLER (20)**  
absolviert derzeit ein Freiwilligenjahr bei Masifunde in Gqeberha (Südafrika).  
Du erreichst ihn per Mail unter  
[lucassiller15@gmail.com](mailto:lucassiller15@gmail.com)

**D**ie Türkei, ein überwiegend muslimisches Land an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien, befindet sich in einem einzigartigen und oft missverstandenen Raum. Mal wird sie als europäisch, mal als nahöstlich wahrgenommen – oder als weder noch – und gilt somit als Paradoxon. Ihre islamische Identität ist unverkennbar, doch sie unterscheidet sich deutlich von anderen muslimischen Ländern. Gleichzeitig passt sie nicht recht ins europäische Raster.

Diese Dualität ist kein Zufall, sondern das Ergebnis eines umfassenden, zwei Jahrhunderte währenden Modernisierungsprojekts – einzigartig in der muslimischen Welt. Diese Spannung prägt nicht nur die Gegenwart, sondern auch den ideologischen Konflikt, der sowohl Mustafa Kemal Atatürk als auch Recep Tayyip Erdoğan hervorgebracht hat.

### Die Wurzeln der Modernisierung

Obwohl Atatürk als Vater der modernen Türkei gilt, begann der Reformprozess bereits im späten Osmanischen Reich. Die Tanzimat-Reformen des 19. Jahrhunderts zielten darauf ab, das Militär und die Verwaltung nach europäischem Vorbild zu modernisieren. Diese Maßnahmen konnten den Verfall des Reiches jedoch nicht aufhalten. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem sich das Osmanische Reich auf die Seite der Mittelmächte stellte, kollabierte es endgültig.

Inmitten dieses Zusammenbruchs führte die Schlacht von Gallipoli Mustafa Kemal zu nationaler Bekanntheit. Er leitete den erfolgreichen Unabhängigkeitskrieg und bewahrte Anatolien vor der Aufteilung durch die Alliierten. Doch die größere Herausforderung lag im Wiederaufbau der zerrütteten Gesellschaft.

### Die kemalistische Revolution

In den 1920er Jahren war die Türkei ein rückständiges, verarmtes Land mit einer Alphabetisierungsrate unter 10 %. Atatürk und seine reformorientierten Offiziere – später als Kemalisten bekannt – wollten nicht nur einen neuen Staat, sondern auch einen neuen Bürger erschaffen.

In weniger als zwei Jahrzehnten wurde das Sultanat abgeschafft, das Kalifat aufgelöst, die Scharia-Gerichte ersetzt, der Laizismus eingeführt und das Bildungssystem westlich geprägt. Frauen erhielten politische Rechte, noch bevor viele europäische Länder diesen Schritt wagten. Atatürk ad-

# Identitäts- und Demokratiekrise in der Türkei

Zwischen Ost und West



Ein Propagandaplakat, das die Errungenschaften der Republiken feiert und eine türkische Frau zeigt, die den Weg ebnet



optierte mehrere Mädchen, um das Bild der modernen, gebildeten und unabhängigen türkischen Frau zu verkörpern.

Doch dieser Wandel geschah ohne demokratische Beteiligung. Die Bevölkerung, geprägt von Jahrhunderten monarchischer Herrschaft, war nicht bereit, die neue säkulare Ordnung zu akzeptieren. Die Kemalisten waren überzeugt, dass demokratische Wahlen ihre Reformen gefährden würden – also fanden diese zunächst nicht statt.

### Eine Republik ohne Zustimmung

Die frühe Republik war ein jakobinisches Projekt: Eine Revolution von oben, getragen von einer Elite, die glaubte, besser zu wissen, was dem Land diene. Das Motto lautete: „Für das Volk, trotz des Volkes.“ Und eine Zeit lang funktionierte das. Die Türkei erhielt eine funktionierende Bürokratie, ein modernes Bildungssystem und ein Maß an Gleichberechtigung, das in der islamischen Welt einmalig war.

Doch als schließlich freie Wahlen eingeführt wurden, wählte die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit die konservative Demokratische Partei, die gegen den Kemalismus stand. Wie befürchtet, griff das Militär ein – dominiert von kemalistischen Offizieren – und führte im Laufe des 20. Jahrhunderts mehrere Putsche durch. Nach jeder Intervention wurden religiöse und rechtsgerichtete Strömungen stärker. Es entstand ein sich wiederholendes Muster: Volkswille gegen kemalistische Vormundschaft.

### Post-Kemalismus

In den 1990er Jahren gewann eine neue intellektuelle Strömung, der so genannte Post-Kemalismus, an Zugkraft. Sie warf dem Kemalismus vor, autoritär und elitär zu sein und keinen Bezug zur vielfältigen Bevölkerung der Türkei zu haben – insbesondere zu religiösen Konservativen, Kurden und ethnischen Minderheiten.

Dieser Wandel trug zur Legitimierung des Aufstiegs von Recep Tayyip Erdoğan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) bei. Anfänglich schien Erdoğan das demokratische Versprechen des Post-Kemalismus zu verkörpern. Er reduzierte den militärischen Einfluss, erweiterte die bürgerlichen Freiheiten und förderte den EU-Beitritt. Liberale, Kurden und sogar einige Linke unterstützten ihn in der Hoffnung auf dauerhafte Reformen.

Doch im Laufe der Zeit festigte Erdoğan seine Macht, brachte abweichende Meinun-

gen zum Schweigen und ersetzte den kemalistischen Autoritarismus durch einen neuem mehrheitlich islamistischen. Nach dem Putschversuch von 2016 säuberte er die Bürokratie, die Justiz und das Militär. Die demokratischen Institutionen wurden ausgehöhlt.

### Die Verhaftung von İmamoğlu: Eine Zäsur

Im Jahr 2025 erreichte Erdoğan's Abdriften in Richtung Autoritarismus einen neuen Meilenstein: Die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu, Istanbul's oppositionellem Bürgermeister und führendem Präsidentschaftskandidaten. Die Anschuldigungen werden weithin als unbegründet angesehen. Sogar viele AKP-Wähler geben insgeheim zu, dass sie nicht an seine Schuld glauben – aber sie unterstützen den Schritt aus Loyalität und einem tief verwurzelten Hass auf den Kemalismus.

Als jemand, der in einem Erdoğan-freundlichen Haushalt aufgewachsen ist, habe ich die Sprache aus erster Hand gehört. Für viele steht der Kemalismus für Irreligiosität, Elitismus und Unterdrückung. In ihren Augen ist es akzeptabel, die Demokratie zu untergraben, wenn dies bedeutet, die Kemalisten oder jeden, den sie für kemalistisch halten, von der Macht fernzuhalten.

Doch genau darin liegt die tragische Ironie: Die Ängste, die die Kemalisten dazu brachten, die Demokratie zu unterdrücken, haben sich durch das, was nach ihnen kam, bestätigt. Der erste ernsthafte Versuch, den Kemalismus zu ersetzen, hat ein Regime hervorgebracht, das noch autoritärer ist als das, das es zu diskreditieren versuchte.

### Am Scheideweg

Die Türkei steht nun an einem historischen Scheideweg. Sie kann den Weg der gelenkten Demokratie und der Unterdrückung fortsetzen und einem Staat wie Russland ähneln, in dem politische Gegner inhaftiert werden und Wahlen nur dazu dienen, das Regime zu legitimieren. Oder es kann den Kurs umkehren, sich dem Pluralismus zuwenden und dem Volk die wirkliche Macht zurückgeben.

Der Kemalismus hatte seine Schwächen – Elitismus, Starrheit und mangelnde Zustimmung. Aber er bescherte der Türkei ihre einzige erfolgreiche Modernisierung, ihre ersten Frauenrechte, ihre Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen und einen funktionierenden säkularen Staat in einer Region, in der solche Ergebnisse selten sind. Wo der Iran, Ägypten

und andere scheiterten, überlebte die Türkei – nicht trotz des Kemalismus, sondern wegen ihm.

Der Kemalismus und seine Institutionen gaben mir die Chance auf eine angemessene westliche Bildung, eine säkulare Lebensauffassung, eine Kultur außerhalb des Islams und ein Leben außerhalb von Dogmen. Sowohl meine Eltern als auch meine Großeltern wurden teilweise vom kemalistischen Regime unterdrückt, mein Urgroßvater war sogar ein lokaler Funktionär der ersten konservativen Opposition – der Demokratischen Partei. Ich habe alle seine Bücher und Propagandaschriften gelesen, die noch übrig sind. Sie üben zwar konkrete Kritik an ihrer Regierung, aber manchmal beklagen sie sich nur darüber, wie sie zur Modernisierung gezwungen wurden.

Jede Modernisierung ist bis zu einem gewissen Grad tragisch. Ich denke, meine Familie musste diese Zeit des Wandels durchmachen, damit ich ein besseres Leben haben konnte, und ich hege keinen Groll gegen Atatürk, ich begrüße ihn. Bis mir ein anderer Weg für die Türkei aufgezeigt wird, werde ich die Tatsache anerkennen, dass die Errungenschaften der liberalen Rechte in der Türkei nur durch seinen Willen zustande gekommen sind, durch keinen anderen.

Heute beginnt dieselbe Koalition, die Erdoğan an die Macht gebracht hat – Kurden, Liberale und Islamisten/Nationalisten –, sich neu zu formieren. Erdoğan selbst geht, nachdem er bei den jüngsten Kommunalwahlen wichtige Städte verloren hat, erneut auf die Kurden zu, in der Hoffnung, seine Macht durch strategische Versöhnung zu erhalten.

Doch die Frage bleibt: Wird sich die Türkei schließlich für das autoritäre, islamische und orientalische Selbstverständnis entscheiden – auf Kosten einer demokratischen, liberalen und westlich orientierten Identität?



**TEXT: EFE MERT SANLI (20)**  
studiert Informatik. Ihr erreicht ihn unter [efemertsanli@gmail.com](mailto:efemertsanli@gmail.com)

# WENN DER ERNST DER GESCHICHTE SPÜRBAR WIRD

## Eine Reise durch das Israel der Gegenwart

Israel ist kein Staat wie andere. Es ist Zuflucht, Bollwerk, Verheißung – und zugleich täglicher Überlebenskampf. Wer durch dieses Land reist, begegnet nicht bloß einer Nation, sondern einer Wirklichkeit, die sich jeder westlichen Projektion entzieht. Zwischen der heiteren Lebenslust in Tel Aviv, dem Sirenengeheul in Sderot und der beklemmenden Stille von Yad Vashem liegen keine Kontinente, sondern Busstunden. Die eigentliche Distanz aber ist nicht geographischer, sondern geistiger und existenzieller Natur. Ein Reisebericht einer Studentengruppe, die dem Antisemitismus nicht schweigend begegnet – sondern ihm bewusst entgegentritt.

Die Erfahrungen, die man hier macht, verändern den Blick auf die Welt – und auf die eigene Verantwortung. Denn Israel existiert nicht trotz seiner Geschichte, sondern durch sie. Es lebt, weil es leben muss. In seinen Widersprüchen liegt seine Wahrheit: Schmerz und Hoffnung, Verwundbarkeit und Stärke, Trauer und Lebensfreude – alles zugleich, alles nebeneinander.

### Ein barbarischer Zivilisationsbruch

Am 7. Oktober 2023 wurde dieser existentielle Zustand mit einer bis dahin unvorstellbaren Grausamkeit erschüttert. Es war der blutigste Tag für das jüdische Volk seit der Shoah. Mehr als 1.200 Menschen wurden ermordet, über 240 verschleppt. Es war kein Krieg – es war ein Pogrom. Wer heute das Gelände des Nova-Festivals betritt, spürt das Entsetzen noch im Boden. Verbrannte Zelte, durchlöchernte Mülltonnen, in denen sich junge Menschen zu verstecken suchten. Ihre Gesichter – etwa das von



Shani Lou, überlebensgroß auf Stellwänden – klagen an: Nicht nur ihre Mörder, sondern auch jene, die geschwiegen haben.

„Der 7. Oktober war ein Zivilisationsbruch. Ein Zivilisationsbruch, wie kein Mensch ihn sich hätte vorstellen können. Das größte Judenmassaker seit dem Holocaust“, sagt Veenadhari Kretschmar.

Die Täter filmten ihre Barbarei. Und kaum war das Blut getrocknet, begannen in westlichen Redaktionen und Hörsälen die Relativierungen, die Umdeutungen. Es schien, als hätten manche nur auf diesen Moment gewartet, um Israel öffentlich anzuprangern. Alexander Rudat spricht von einem Marsch durch die Institutionen: „Linke Antisemiten kommen nun aus der Deckung und zeigen unverhohlen ihre wahre Gesinnung – ohne Scham. Antisemitismus ist wieder massentauglich geworden.“ Das zeigt, wie tief sich antisemitische Resen-



**TEXT: HANNAH SCHEDLER (23)** studiert Geschichte und Medienkulturwissenschaften und arbeitet als Journalistin. Ihr erreicht sie unter [schedler@julius-bw.de](mailto:schedler@julius-bw.de)

timents in Teile unserer Gesellschaft eingegraben haben – getarnt als sogenannte „Israelkritik“. Diese Haltungen speisen sich aus Ignoranz, ideologischer Verblendung und einer Entmenschlichung jüdischen Lebens, wie sie durch islamistische oder linksradikal-antizionistische Weltbilder genährt wird, ergänzt Maximilian Hartlieb.

### We have no other Land

Wer Israel mit offenen Augen durchquert, erkennt: Dieses Land lebt mit dem Tod – und erhebt sich gegen ihn. In Tel Aviv wird das besonders deutlich. Sirenen am Nachmittag, tanzende Menschen am Abend. Straßencafés voller junger Menschen – viele in Uniform, manche mit Laptops, andere mit Waffen. Sie feiern das Leben – und das Überleben. Als Gemeinschaft. Zwischen Bombenalarm, Schutzzonen und Bunkeranlagen. „We have no other land“, heißt es dort – nicht als Pathos, sondern als nüchterne Erkenntnis. „Und das ist das Bewundernswerte: Wie Israelis ihr Land mit solcher Leidenschaft verteidigen – mit ihrem Leben, weil sie wissen, es ist das einzige Bollwerk jüdischer Existenz“, so Kretschmar.

Israel ist von allen Seiten umgeben von Staaten und Territorien, in denen seine bloße Existenz als Provokation gilt. Der Krieg ist nicht abstrakt – er ist konkret, unmittelbar. Der Iron Dome wacht, während das Land weiteratmet. „Trotz feindlicher Nachbarn wie der Hamas, die die Vernichtung Israels fordern, bleibt die Gesellschaft plural, lebendig und vielfältig – weil sie sich weigert, sich vom Leid definieren zu lassen“, sagt Hartlieb.

Auf den Golanhöhen, grün und friedlich erscheinend, wird der Schmerz spürbar. Eine Schwester berichtet unter Tränen vom Tod ihres Bruders – erschossen beim

Fußballspiel durch Feuer aus Syrien. Die Drusen, eine religiöse Minderheit, sprechen offen und mit Würde über ihre Angst – und ihre Loyalität. Auch das ist Israel: Ein Mosaik aus Stimmen, Geschichten und Perspektiven – verbunden durch den gemeinsamen Willen, zu bestehen.

In Hebron, der Stadt der Patriarchen, heute geteilt in israelische und palästinensische Zonen, liegt Spannung in der Luft. In den palästinensischen Gebieten Judäas und Samarias ist Juden der Zutritt untersagt. Der Begriff „judenfrei“ wirft hier seinen Schatten. Männer amüsieren sich mit Hitlergruß, trinken Coca-Cola, verfolgen uns, vertreiben uns. Und doch begegnet man Siedlern, deren Alltag von Sicherheitsbedenken geprägt ist. Nicht alles ist ideal, nicht alles nachvollziehbar – aber vieles notwendig. Diese Ambivalenz ist das Grundmotiv des Landes.

Besonders eindrucksvoll war die Begegnung im Kibbutz Magen, nahe dem Gazastreifen. Anders als viele andere Orte wurde dieser nicht überrannt. Sieben Männer leisteten Widerstand – und retteten ein Dorf. Wie durch ein Wunder. Wie durch Gottes Hand. Martin Sessler, Holocaustüberlebender und Ortsvorsteher des Kibbutz, empfängt uns. Er hat den 7.10 überlebt. Neun Stunden Schutzraum. Auch er warnt vor dem streuenden Krebs des Islamismus. So etwas könne jederzeit wieder geschehen, er hat Sorge um seine Enkel. Trotzdem hofft er an das Gute, an den Frieden der Region, wohlwissend, dass er diesen nicht mehr erleben wird. Wo Menschlichkeit versagt, beginnt das Vergessen – und mit ihm das Wiederholen.



### Yad Vashem und die Pflicht zum Erinnern

In Yad Vashem, der zentralen Gedenkstätte für die sechs Millionen ermordeten Juden Europas, erstirbt jedes Wort. Nicht aus Mangel an Sprache – sondern aus Ehrfurcht. Die Luft ist schwer, nicht von Staub, sondern



von Geschichte. Scham, Wut, Trauer – sie lasten zwischen den Steinen. Im Gegenüber mit dem menschlichen Abgrund. Der Boden wird unter den Füßen weggerissen. Das ist gut so. Kein Ort für Erklärungen. Nur für das Aushalten. In der Halle der Namen flackert Licht über unzählige Gesichter. Jedes ein Leben. Ein Kind, das nie erwachsen wurde. Ein Vater, der nie zurückkehrte. Eine Familie, ausgelöscht.

Zettel mit letzter Tinte, Kinderzeichnungen aus Ghettos, Briefe aus Deportationszügen. Zeugnisse von Menschen, die wussten, dass niemand mehr antworten wird: Die Shoah als Singularität des Bösen. Als organisierte Auslöschung. Als industrieller Massenmord. Und doch: Es herrscht kein dumpfes Schweigen. Es ist ein Schweigen, das verpflichtet. Am Ende des Rundgangs fällt der Blick hinaus ins Licht – über das heutige Jerusalem. Nicht als Trost. Sondern als Auftrag. Die jüdische Nationalhymne erklingt. „Hatikva“ – die Hoffnung. Ein Lied von Resilienz. Von Stärke. Vom Glauben an die Zukunft – an das Leben. Mir steigen Tränen in die Augen. Denn was damals geschah, begann nicht mit Auschwitz.

Es begann mit Worten.  
Mit Wegsehen.  
Mit Relativierung.  
Mit Entmenschlichung.  
Das Leben ist stärker als der Tod.

In der jüdischen Wüste begegnet einem eine andere Form des Gedenkens. Die Festung Massada erhebt sich dort wie ein stummer Wächter der jüdischen Geschichte – Symbol letzten Widerstands, radikaler Selbstbehauptung. Wer vom Plateau aus über das Tote Meer blickt, erkennt die zeitlose Fragilität dieser Landschaft – und der Freiheit. „Massada wird nicht wieder fallen“, heißt es im kollektiven Gedächtnis Israels. Es ist mehr als ein Schwur. Es ist Gegenwart.

In Jerusalem schließlich wird greifbar, was gemeint ist, wenn vom „gelobten Land“ gesprochen wird. Zwischen Grabes-

kirche und Tempelberg, zwischen jüdischer Ewigkeit und muslimischem Gebet – alles ist nah, alles widersprüchlich, und doch trägt es sich. Nicht in Harmonie, aber in einer dichten Gleichzeitigkeit. Tel Aviv hingegen zeigt das andere Israel: Bunt, laut, frei. Tanzende Menschen, Strandpartys, Moscheen, Regenbogenflaggen, Meeresrauschen. „Israels Widerstandskraft speist sich aus einer Mischung aus Notwendigkeit und Mentalität: Die permanente Bedrohung erzwingt Innovation – in Technologie wie in Verteidigung. Und gleichzeitig gibt es einen kollektiven Willen, das Leben zu feiern – weil es so kostbar ist“, sagt Hartlieb.



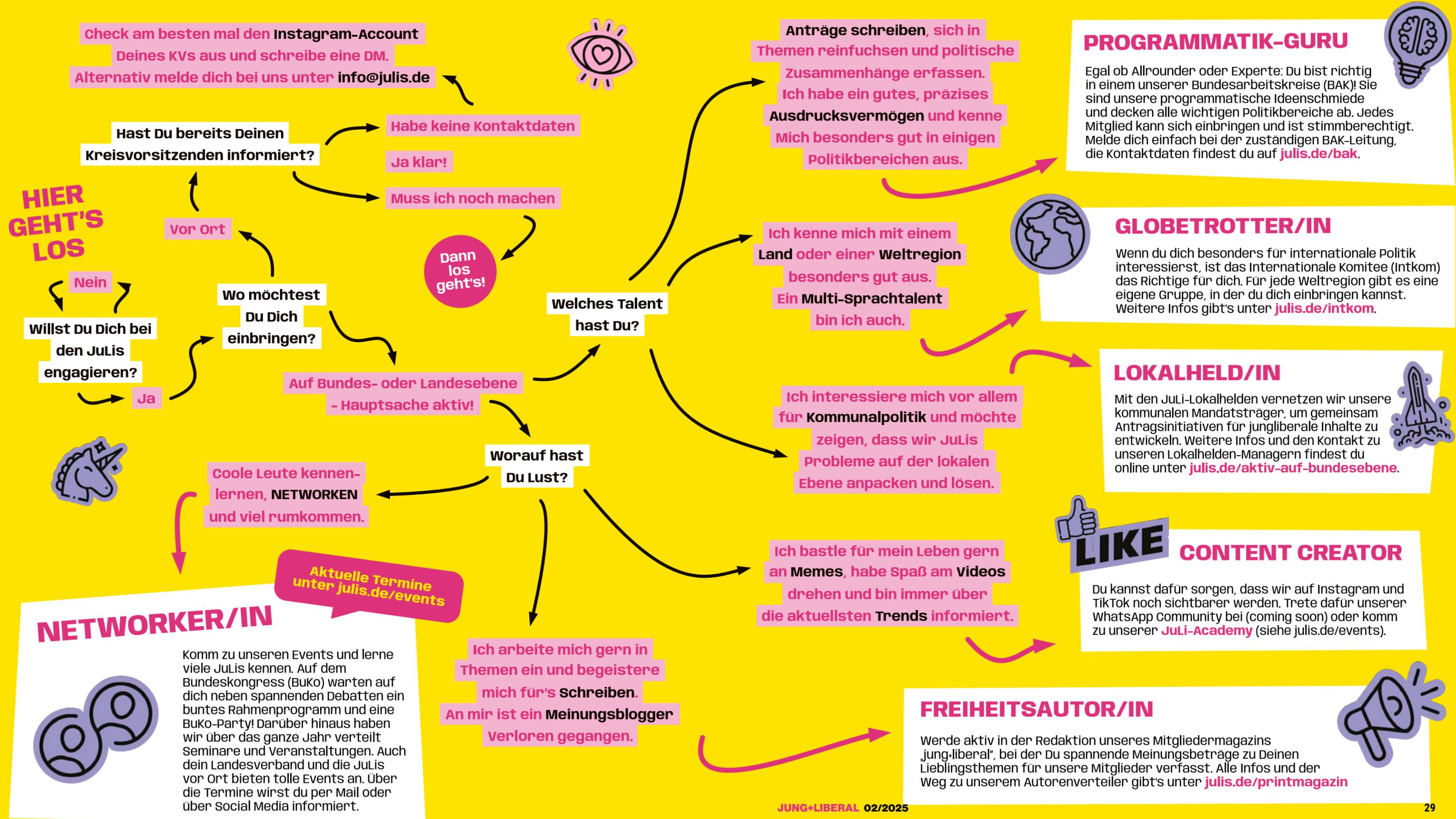
### Nie wieder ist jetzt!

Deutschland ringt unterdessen mit sich selbst. „Nach der Shoah kann unser Blick auf Israel kein neutraler sein“, sagt Kretschmar. Das „Nie wieder“ darf kein moralisches Ritual bleiben – es muss Konsequenz haben. Sie warnt eindringlich vor einer gescheiterten Migrationspolitik und dem importierten Islamismus. Judenfeindlichkeit – ob auf der Straße oder im Hörsaal – darf keinen Raum haben, ergänzt Rudat.

Was Israel heute verteidigt, ist nicht bloß ein Territorium. Es ist die Idee, dass jüdisches Leben zählt – in einer Welt, die erneut dem Antisemitismus anheimzufallen droht. Israel singt, während es kämpft. Es schützt das Leben – nicht aus Ideologie, sondern aus Notwendigkeit. Gegenüber der Hydra des Judenhasses.

Israel ist kein Symbol. Es ist ein Ort – konkret, verletzlich, lebendig. Und seine Existenz bleibt der Prüfstein unserer Zivilisiertheit. In einer Zeit, in der Antisemitismus wieder ungeniert auftritt – in Hörsälen, auf Demonstrationen, in den digitalen Echokammern –, war unser Besuch in Israel weit mehr als eine Studienreise. Ein Bekenntnis. Ausdruck unserer Solidarität in einer Welt, die zu oft schweigt. Am Yisrael Chai.

# Dein Engagement bei den Jungen Liberalen



# Bekenntnisse eines shitbürgers?

"Shitbürgertum" von Ulf Poschardt:  
Eine Buchrezension von Nikolai Ott

**V**ermutlich outet sich der Rezensent schon als Shitbürger, wenn er gesteht, sich gelegentlich gefragt zu haben, ob Ulf Poschardt in seinem Selbstverständnis am guten oder schlechten Russentisch des Davoser Sanatoriums gesessen hätte. Ist sein neues Büchlein das Manifest eines Außenseiters, der von der fränkischen Provinz angewidert auf die Borchardt-Gänge der Hauptstadt blickt? Sind das die Geständnisse eines Insiders, der sich für seine Freunde, für seine Familie – für sich selbst – insgeheim ein wenig schämt? Vermutlich ist es beides. Als Teil des Shitbürgertums müsste man fast von der Gleichzeitigkeit der Beobachtungen erster und zweiter Ordnung sprechen. Und wenn sich der geneigte Leser nun freut, dass er mit Thomas Mann und Niklas Luhmann gleich beide Anspielungen verstanden hat, könnte er von Poschardts Büchlein in doppelter Hinsicht angesprochen werden.

Weil auf der zweiten Seite bereits vom Bürgertum als Disziplinarmacht gesprochen wird, weiß man, dass eine Mélange literarischer, philosophischer und popkultureller Bezüge auf einen wartet – die ein guter Shitbürger natürlich kennt. Tief im Waffenarsenal des Shitbürgertums verwurzelt, wird nun also mit Foucault und anderen in den Kampf gegen die alte Heimat gezogen. Und wenn dann ein selbsterklärter „Zögling, Nützlichling und langjähriger Nutznießer des Shitbürgertums“ einen Shitbürger an einer „distinkten bürgerlichen Stilistik“ und seinem „strengen Blick“ erkennen will, und das Twitter-Profilbild dieses Nicht-Shitbürgers sich durch Hornbrille, Rollkragenpullover, Bomberjacke und einen strengen Blick auszeichnet, weiß man, dass nun mit Fremd- und Selbst-

beschreibungen zugleich hantiert wird. Kurz gesagt: Hier wartet wohl eine Projektion.

Aber zuerst die guten Nachrichten. Erstens: Auch eine Projektion verspricht interessante Einblicke. Zweitens: Dieses nicht einmal 200 Seiten schwere Büchlein ist harmlos. Dass es nach der Absage des zu Klampen Verlages für diese etwas willkürliche Mischung aus verlängerten Tweets und philosophischen Referenzen keinen Ableger mehr gäbe, ist vermutlich auch mehr Pose als Realität. Mit dem Selbstdruck durch Amazon Print on Demand bleibt man seiner Rolle als rebellischer Außenseiter treu. Die Absage des besagten Verlages, die Herausgeberin Anne Hamilton durch den unerwünschten polemischen Charakter rechtfertigte, könnte wiederum darauf zurückzuführen sein, dass von der versprochenen Milieu-Studie des Shitbürgers am Ende wenig übrigblieb. Dass die Herausgeberin von den Leseproben noch „begeistert“ war, wie Ulf Poschardt erklärte, ändert wohl nichts daran, dass abseits weniger vielversprechender Ansätze die soziologische Genese weitestgehend unklar bleibt. Wer schreibt hier eigentlich über was und für wen, ist die erste Frage nach fast 160 Seiten.

Was ist denn nun eigentlich dieses Shitbürgertum? Lehrer, Uni-Professoren, NGO-Mitarbeiter – das sind die naheliegenden Ziele. Aber eigentlich geht es Poschardt um alles, was politisch etwas zu sagen hat, von den Grünen bis zur CDU – das big tent des Shitbürgertums. Die vom Soziologen Andreas Reckwitz aufgeworfene Differenzierung in alte und neue Mittelklasse sublimiert sich also in einem neuen allumfassenden Phänotyp. Für die intellektuellen Ursprünge dieser Bewegung verweist der Autor auf arbiträre Randstudien – Heinrich Böll, Günter Grass oder Walter Jens. Dass BRD-Ikonen und nicht französische Pop-Philosophen für den Verfall

verantwortlich sind, ist zwar innovativ, wird aber auch nicht näher erklärt. Im Gegensatz zu Heidegger und Jünger seien das immerhin wirkmächtige Autoren im deutschen Diskurs, so Poschardt. Dass die viel zitierten Franzosen (Deleuze, Foucault, Guattari) genauso verschont bleiben wie die Jung-Frankfurter (Adorno, Horkheimer), muss wohl einerseits bedeuten, dass Poschardt seine linken Jugendikonen nicht ganz aufgeben will.

Andererseits soll das Shitbürgertum als genuin deutsches Phänomen porträtiert werden. Auf der globalen Ebene findet der Autor nur bei den US-Demokraten nach Obama seinen Archetyp wieder. Dass ausgerechnet der Obama, der in seiner Studentenzeit noch Herbert Marcuse oder Frantz Fanon las, um mit Girls in die Kiste zu steigen, nun weniger Shitbürger sein soll als der amerikanische Politik-Veteran Joe Biden, wirft die nächste Frage auf. Dass das Shitbürgertum ein deutscher Sonderweg ist, wird zwar vorausgesetzt, aber in wenigen Seiten abgehandelt. Erstens sind da die Nazis, die als psychische Störung in der Gegenwart fortleben. Vorgesobene Entnazifizierung ermöglichte tatsächlich noch so manche Karriere in der alten Republik. Aber wie glaubwürdig ist es, wenn wenige Seiten nach der Pöbelei gegen Böll und Grass eine „liebvolle Auseinandersetzung“ mit Schmitt und Heidegger gefordert wird? Wenn der Kampf gegen den Antisemitismus sein Leitmotiv wäre, müsste man hier doch eine angemessene Klarheit erwarten.

Zweitens finden sich viele historische Allgemeinplätze, um die Genese des deutschen Charakters zu erklären. Zum deutschen Idealismus und der hegelianischen Verklärung des preußischen Staates hatte Karl Popper einst noch viele Hundert Seiten geschrieben, bei Poschardt reicht ein Nebensatz. Zu Heinrich Manns „Untertan“ schreibt jeder durchschnittlich begabte Germanistik-Student eine Hausarbeit, bei Poschardt sind das immerhin noch fünf Seiten. Und ja, für die Frage, warum sich der Nationalsozialismus in Deutschland ausbreitete, mögen das vielversprechende Ansätze sein. Aber weshalb das Nachkriegszeit-Phänomen Shitbürgertum eine deutsche Eigenart ist, bleibt unklar.

Wenn man eine unschöne Verbindung zwischen politischer Elite und kulturellem Vorfeld kritisieren möchte, wäre doch Frankreich die weitaus bessere Wahl. Und wenn man „Wokeismus“ auf seinem Höhepunkt erleben wollte, wären es vermutlich eher die amerikanischen Eliteuniversitäten. Klar, es gibt sicherlich so etwas wie einen genuin deutschen Moralismus. Aber dass Poschardt dann ausgerechnet Thomas Manns Rolle im Zweiten Weltkrieg als Positivbeispiel anführt, der in seiner Weimarer Metamorphose zu Settembrini aus dem „Zauberberg“ zum Moralisten par excellence wurde, ist auch bestenfalls widersprüchlich. Ist ein deutscher Moralismus, der die Volksgenossen an ihre zerstörerische Vergangenheit und Gegenwart erinnert, jetzt gut oder schlecht?



Verlag: Westend  
Erscheinungstermin: 21.04.2025  
176 Seiten  
ISBN: 9783987913310

Viele dieser Fragen wären wohl einfacher zu entschlüsseln, wenn man wüsste, wer hier überhaupt spricht. Auf die eingangs gestellte Frage, an welchem Tisch Poschardt sitzen würde, würde er wohl wie ein braver Liberaler „zwischen den Stühlen“ antworten. Hatte sich der Autor in seinem letzten Werk „Mündig“ noch als Dahrendorf-lesender Liberaler präsentiert, ist von dieser Charakterisierung nun wenig übrig. Hier ist nicht mehr der leichte Optimismus eines Ralf Dahrendorf oder die bürgerliche Zurückhaltung eines Isaiah Berlin zu spüren. Und sowieso nicht die Ruhe eines Raymond Aron, dem Jean-Paul Sartre einst vorwarf: „Mon petit camarade, warum haben Sie solche Angst, Unsinn zu erzählen?“ Hier wütet nun stattdessen ein illiberaler Ästhetizismus im Stile von Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ oder eine konservative Kulturkritik, die in ihrer Apokalyptik an Oswald Spengler

erinnert. Auf Poschardts Ablehnung eines weichgespülten Liberalismus, der sich dem Shitbürgertum andient, folgt nun seine Emigration in die rechtskonservative Welt.

Da wird plötzlich nach wenigen Seiten Otto von Bismarck zum Vorbild, obwohl man drei Kapitel später den preußischen Geist als ideologische Quelle des deutschen Shitbürgers bestimmt. Auch Giorgia Meloni wird bejubelt, weil sie als Anführerin einer postfaschistischen Partei und Tochter eines Kommunisten ihrem Land eine „Identifikation mit diesem Erbe“ vorlebe. Dass diese kryptische Rationalisierung des existierenden Antisemitismus-Problems ihrer Partei schon auf bizarre Weise Poschardts vorausgehende Lobeshymnen über Brandts Erinnerungspolitik konterkariert, fällt ihm scheinbar nicht mal auf. Ob die internationale Öffentlichkeit es wohl auch bejubelt hätte, wenn der Sohn von Heinz Reinefarth die „Identifikation“ mit dem deutschen Erbe vorgelebt hätte? Dass sich ein Werk, das sich gleichzeitig Rechtspopulisten andient und den Nationalsozialismus kritisiert, in solchen Widersprüchen verliert, ist nicht verwunderlich.

Vermutlich wäre Poschardt von dieser rechtskonservativen Fremdzuschreibung eher empört, ist er nach seinem Selbstbild doch ein knallharter Libertärer. Doch wie knallhart kann ein Libertarismus noch sein, der ausgerechnet in dem amerikanischen Vizepräsidenten Vance einen Libertären erkennt? Der intellektuelle Vordenker von Vance – das ist gemeinhin bekannt – ist schließlich Patrick J. Deneen, ein selbsterklärter „Postliberaler“. Auch Elon Musk, der es sich (trotz täglicher Unwahrheiten) laut Poschardt „als Asperger-Patient mit dem Lügen schwertut“, ist sicher kein Bilderbuch-Libertärer. Und dass ein Klassisch-Liberaler wie Hayek ausgerechnet dann zitiert wird, wenn es um eine polemische Kritik an der Pandemie-Politik geht, passt ins Bild. Dass der junge Hayek als Soldat die Spanische Grippe überlebte und später Pandemien zum einzigen Ausnahmefall

für einen aktiven Staat mit weitgehenden Ermessensspielräumen erklärte, wusste der selbsterklärte Libertäre wohl nicht. Friedman und Hayek werden (auffällig selten) zitiert, aber offenbar nicht gelesen. Weniger Gedankenkonstrukt und mehr gelebte Freiheit scheint ohnehin die Devise. Mit diesem praktischen Verständnis von Freiheit – lauter brüllen, schneller fahren und dominanter auftreten – scheint Poschardt näher bei den Frühromantikern oder französischen Existenzialisten als bei klassischen Liberalen.

Was es brauche, so Poschardt, seien mehr „freie Menschen“ – wie es Elon Musk und Donald Trump vorleben. Ob sich diese „freien Menschen“ nun von Poschardts Buch angesprochen fühlen, ist fraglich. Im Grundsatz ist dieses Buch für das Shitbürgertum geschrieben, anders lassen sich die unzähligen Referenzen nicht erklären. Gleichzeitig ergibt sich durch das ausgebliebene Lektorat der Herausgeberin nun ein holpriger Stil, der an viele aneinandergereihte Tweets mit shitbürgerlicher Unterfütterung erinnert. Als Zyniker müsste man wohl schreiben, dass das genau der Sound von jemandem ist, der aus dem „Elfenbeinturm“ für die „einfachen Leute“ predigt. Zumindest hat das Buch schon Julian Reichelt überzeugt, der in einem Livestream zum Kauf aufrief. Aber ob der durchschnittliche Fan von Reichelt die Foucault-Anspielung auf der dritten Seite versteht – vermutlich nicht.

Widersprüche auszuhalten, scheint für Poschardt nicht nur der Therapieansatz für das Shitbürgertum zu sein, sondern auch seine eigene Devise. Dass man nicht weiß, wer hier für wen über was spricht, ist die Folge der Projektion. Wir erinnern uns: Nach Freud ist die Projektion, dass man eigene Wünsche in anderen zu verfolgen versucht. Bei Poschardt verkompliziert sich diese Diagnose dadurch, dass hier zwei Seelen gleichzeitig in seiner libertär-anarchistisch-konservativ-linken Brust pulsieren. Einerseits die Nostalgie an seine linke Studentzeit als Doktorand der Kittler-Jugend, die durch „hardcore-marxistisches Theoretisieren“ (Poschardt) Erfahrungen des Nachtlebens mit prolliger Wortgewalt kombinierten. Andererseits das neue Vorbild des einfachen Arbeiters, dem der Berliner Intellektuelle in einer Art Ernst-Jünger-Revival nacheifert. Ganz ohne Widersprüche kann es nicht gehen, wenn sich alte und neue Heimat so diametral gegenüberstehen. Hier sind die gleichen Problematiken vorhanden, wie wenn sich linke Lehrerkinder plötzlich zum revolutionären Arbeiterführer aufspielen wollen – aber auf den Skiurlaub in Ischgl nicht verzichten können. In diesem Fall ermöglicht die Deutung beider Seelen jedoch – um hier als guter Shitbürger bei Faust zu bleiben – zum Pudels Kern des Büchleins vorzudringen.

Das Manifest ist zunächst eine Abschiedserklärung an sein altes Milieu. Dass viele der konservativen Kulturkritiker dieser Tage ehemalige Theaterwissenschaftler (Kissler), Designwissenschaftler (Bolz) oder Tempo-Journalisten (Poschardt) sind, sollte nicht überraschen. Das, was Poschardt als linksgrüne Hegemonie anprangert, findet man am stärksten in diesen Milieus. In manchen sozialwissenschaftlichen Proseminaren, bei Theater-Studierenden, auch in ge-

wissen Journalistenkreisen – hier regiert tatsächlich eine linke Mehrheit. Wenn man der Elite-Overproduction-These glaubt, trifft sie konsequenterweise am stärksten jene, die wegen gegensätzlicher ideologischer Ausrichtung nicht an die limitierten Jobs kommen. Hier treffen nun Bubble-Erfahrungen der Exklusion mit jugendlicher Wortgewalt in einer toxischen Mischung zusammen, die überall die Disziplinar-mechanismen des Kulturbetriebs erkennt. Den ideologiekritischen Baukasten, den man als linksradikaler Student gereicht bekommt, wendet man nun gegen eben dieses Milieu – dort, wo man früher überall Rassismus vermutete, erkennt man nun die linksgrüne Dominanz. Dass man dabei nicht einmal das Bürgertum als Feindbild aufgeben muss, ist umso charmanter.

Somit lebt auf der einen Seite der linke Student unter umgekehrten Vorzeichen in der Gegenwart fort – Elon Musk wurde in gewisser Weise durch Fidel Castro ersetzt. Andererseits hat man auf der Suche nach einer neuen Heimat den einfachen Arbeiter als Idealbild auserkoren. Dass Hauptstadt-Intellektuelle mit absurd teuren Hobbys regelmäßig einen Arbeiter-Fetisch entwickeln, ist nicht neu. Von rechtskonservativer Seite hatte der bereits erwähnte Ernst Jünger mit „Der Arbeiter“ eben diesen schon 1932 zum neuen Subjekt der Weltgeschichte erklärt. Dass Poschardt im Klappentext ausgerechnet das bekannteste Lied der linken Band Ton Steine Scherben zitiert, die nach eigener Aussage Musik für Lehrlinge machte, passt ins Bild. Als Poschardt sein Studium begann, war Rio Reiser allerdings in gefühlige Hymnen für Studierende übergegangen; und zusammen mit Azubis saß der junge Journalistik-Student vermutlich nicht in Raucherbars. Es sollte somit nicht überraschen, dass Poschardts Hymnen auf den einfachen Arbeiter regelmäßig den Vibe von weißen Postkolonialismus-Studierenden haben, die indigene Völker fetischisieren – ohne je mit ihnen in Kontakt gewesen zu sein. Hier spricht jemand, der ein Milieu vergöttert, das er nicht kennt – es aber genau deswegen umso inniger liebt.

Aus dieser Doppeldeutigkeit entspringt eine Diagnose, die Poschardt wohl nur unterbewusst hervorbringen wollte: Sein Büchlein Shitbürgertum ist in seinem Ursprung gegen den Liberalismus gerichtet und nicht gegen eine linksgrüne Intelligenzia. Das mag Autor und Leser gleichermaßen überraschen, finden sich in dem Buch doch vielfältige Anprangerungen linken Politikversagens. Von Identitätspolitik, abgeschalteten Atomkraftwerken und überbordender Migrationspolitik – an vielen Stellen mäandert das Buch zwischen konkreter Kritik an linker Politik und popkulturellem Gehabe. Wenn wir bedenken, dass auf dem Höhepunkt von „peak woke“ der Einfluss primär kulturell und weniger politisch war, überrascht die Radikalität, in der Poschardt seine Untergangsdagnostik vorbringt. Als guter Systemkritiker möchte Poschardt aber an die Wurzel vordringen, die die woken Blüten hervorgebracht hat: das Bürgertum. Der Liberalismus, so die bekannte rechte Kritik, schaffe die Voraussetzungen, in denen sich eine linke Hegemonie à la Gramsci ausbreiten könne. Nur wenn das liberale Bürgertum fällt, kann man die Gesellschaft neu

aufbauen. Eine solche „apokálypsis“ hatte der vielfach von Poschardt rezipierte Tech-Unternehmer Peter Thiel unlängst in der Financial Times ausgerufen.

Poschardts Konfrontationskurs mit dem Liberalismus erwächst schon aus seiner ideengeschichtlichen Fundierung. Wie bereits erwähnt, finden sich auffällig wenige Zitate von liberalen Denkern – aber dafür umso mehr Nietzsche-Zitate. Hier hat man den Frontmann gefunden, der gegen den „letzten Menschen“ in den Krieg zieht. „Libera-le Institutionen hören sofort auf, liberal zu sein, sobald sie fest etabliert sind“, hatte Nietzsche in der „Götzen-Dämmerung“ festgestellt und angefügt, dass der „freie Mensch ein Kämpfer“ sei. Wo das liberale Bürgertum versagt, weil es sich der „linken Unterwanderung“ unterordnet, kann mit der rechten Exegese von Nietzsche nun eine alternative Vision aufgezeigt werden. Große Männer, Kämpfergeist und historische Aufgaben (in den Worten von Musk: „Zivilisationsrettung“) – all das, was man von liberaler Seite in den unpolitischen Raum der Popkultur abgeschoben hatte, wird von Poschardt mit popkultureller Unterfütterung in den Raum des Politischen zurückgebracht.

Man muss sich an dieser Stelle vor Augen halten, dass Francis Fukuyama an sein Paper „The End of History“ für sein später veröffentlichtes Buch noch die Formulierung „and the Last Man“ anfügte. Der Liberalismus als politisches Programm war – zumindest im angelsächsischen Raum – eng mit dem „letzten Menschen“ verbunden. „Das Ende der Geschichte wird eine sehr traurige Zeit sein“, erklärte Fukuyama schon 1989 und fügte hinzu, dass nun Schluss mit dem „Ring um Anerkennung, der Bereitschaft, sein Leben für ein rein abstraktes Ziel zu riskieren, dem Wagemut, der Fantasie und dem Idealismus“ sei. Das liberale Programm war ein überwiegend technokratisches, das die bestehenden Probleme in kleinen Schritten lösen wollte. Karl Popper hatte hier seinen Einfluss hinterlassen – an große Revolutionen glaubte kein Liberaler mehr. Mit Blick auf das 21. Jahrhundert sprach Ralf Dahrendorf davon, dass das Ziel der Aufbau von stabilen Institutionen sein müsse. Isaiah Berlin hatte festgestellt, dass Aufgabe von Gesellschaften sei, den Pluralismus verschiedener Meinungen zu ermöglichen Und Judith Shklar hatte das Minimalprogramm eines „Liberalismus der Furcht“ verkündet, wonach keine Utopie, sondern in erster Linie die Vermeidung von Grausamkeiten die raison d'être der liberalen Politik sei.

Mit dem Typus Elon Musk, der über Ulf Poschardt auch in Deutschland erwacht ist, etabliert sich nun auch ein libertärer Postliberalismus als prägendes Zeitgeist-Phänomen. Für den „freiheitlichen Staat“ (Böckenförde) ist dies eine weitere Entwicklung, die die Voraussetzungen eben dieses Staates bedroht. Eine Demokratie muss fraglich mit einem Demos umgehen können, der sich in puncto Migrations- und Gesellschaftspolitik eine konservativere Politik wünscht. Gefährlicher ist vielmehr, dass mit der ganzen Entourage von Trump und Musk ein Typ Mensch in die Domäne der Politik zurückkehrt, der den Liberalismus als Ganzes gefährdet. Persönlichkeiten, die von der Rückkehr der Geschichte träumen.

Zivilisationsliteraten, die mit großen Begriffen wie der „Ret-tung des Westens“ hantieren – ohne den Westen zu kennen. Politiker, die in ihren Freund-Feind-Bestimmungen nicht mehr Isaiah Berlins Pluralismus respektieren. Utopisten, denen eine Politik durch Reformen zu lasch erscheint und die das webersche „langsame Bohren harter Bretter“ grundsätzlich ablehnen. Reaktionäre, die etablierte Institutionen einreißen, um – wie ein schlechter Jakobiner – dahinter etwas Gutes zu erwarten. Rhetoriker, die den ästhetischen Ausruf der Wahrheit dem skeptischen Zweifel vorziehen. Ein Typ Mensch, der bürgerliche Zurückhaltung ablehnt und dem es sogar Spaß macht, gelegentlich Blödsinn zu erzählen. Ein freiheitlicher Staat kann mit solchen Personen an der Macht nicht langfristig überleben.

Ein weiterer Shitbürger – Martin Walser – hatte in einem seiner ersten Stücke, Eiche und Angora, die Geschichte des Mitläufers „Alois Grübels“ erzählt, der in seinem Leben immer zu spät kommt. Ein Sisyphos, der immer dann mitläuft, wenn man schon nicht mehr mitlaufen sollte. Ulf Poschardt wurde zum ideologiekritischen Marxisten, als das Ende der Geschichte eingetreten war und der liberale Optimismus die 90er Jahre dominierte. Ulf Poschardt wurde zum stolzen Westerwelle-Liberalen, als linke Stimmen über globale Ungerechtigkeiten und bleibende Ungleichheiten wieder stärker wurden und sich Identitätspolitik zum Trend mauserte. Ulf Poschardts Lebensgeschichte ist die eines zu spät kommenden Mitläufers, das Leben eines unfreiwilligen Contrarians. Wir müssen uns Ulf Poschardt als einen glücklichen Menschen vorstellen, der endlich sein Leben in die eigene Hand genommen hat. Mit dem präemptiven Schritt zum Rechtskonservativen ist er nun in der Avantgarde-Position, die er zuvor verpasste. Unlängst bejubelt er – als guter Neuschmittianer – wie Donald Trump seine exekutiven Fähigkeiten rücksichtslos auslebe. Der Wille zur Macht, hier sind wir wieder bei Nietzsche, hat ihn wohl gepackt. Wie Niall Ferguson tanzt Poschardt vielleicht bald an einem Tisch in Mar-a-Lago zu „YMCA“ – ein echter Liberaler wäre zwischen den Stühlen sitzen geblieben.



**TEXT: NIKOLAI OTT (22)**  
studiert internationale Beziehungen an der TU Dresden.  
Er ist seit Oktober 2023 Stipendiat bei der  
Friedrich-Naumann-Stiftung. Du erreichst ihn unter  
[nikolai.ott@mailbox.tu-dresden.de](mailto:nikolai.ott@mailbox.tu-dresden.de)

# Es ist der 10. April 2025 als der YouTube Kanal **Finanzfluss** sein **neustes Video hochlädt:**

» Extreme Schwankungen an der Börse: **DAS bedeuten Trumps Zölle für ETF-Anleger** «



**TEXT: JONAS EUSCHEN (19)**  
ist gelernter Bankkaufmann und seit November 2023 bei den Jungen Liberalen. Ihr erreicht unter [euschenjonas8@gmail.com](mailto:euschenjonas8@gmail.com)

**E**s ist einiges passiert in der Woche, nachdem der 47. Präsident seinen reziproke Zollpolitik der Welt gegenüber erklärte und dem Kapitalmarkt eine Achterbahnfahrt der Gefühle beschert hat. In den sozialen Medien erreicht das Thema eine gewaltige Durchschlagskraft mit umtriebigen Fragen seitens panischer, aber auch kaufbereiter Kleinanleger. Ein Ereignis, das verdeutlicht, wie gespalten die finanzielle Auffassung in der Bundesrepublik doch ist. Eine noch so aufschlussreiche Recherche über ein zukünftiges Investment, sei es in Aktien, Anleihen oder Rohstoffen, kann das Kartenhaus zusammenfallen lassen, wenn die Kursentwicklung in den Keller rauscht – und somit der Glauben an die vermeintlich passend gewählte Geldanlage erlischt.

## Sparen ohne Plan

Dass jenes altbekannte Sparsbuch, einst Herzstück der Vermögensanlage der Deutschen, mittlerweile ausgedient hat, sollte jedem ein Begriff sein. Nichtsdestotrotz findet sich vor allem ein Großteil des Nettovermögens der vermögensarmen und einkommensschwachen Haushalte auf Giro- und Sparkonten. Geschuldet sicherlich durch finanzielle Engpässe, aber auch durch die wenig verbreitete Philosophie einer Geldanlage in Wertpapieren. Oftmals empfiehlt der Bankberater der örtlichen Sparkasse oder Volksbank, welches Finanzprodukt zu dem jeweiligen Ertrag/ Risiko - Profil des Kunden passt. Jedoch eignet sich solch ein Termin nicht um volkswirtschaftliche Zusammenhänge und betriebswirtschaftliche Daten zu erlernen, die bei einer Geldanlage indirekt ein gewisses Verständnis voraussetzen und eine stärkere innere Zufriedenheit mitsamt Überzeugung im Bezug auf das jeweilige Investment hätten.

## Aufbruchstimmung

Positivbeispiele zeigen jedoch, wie der Turnaround jetzt schon gelingt. Der Durchbruch der Neobroker wie Scalable Capital oder Trade Republic eröffnen Kleinanlegern neue kostengünstige und diversifizierte Perspektiven in der Geldanlage im Vergleich zu etablierten Traditionsbanken wie Sparkassen und Volksbanken, bei welchen die Kosten der Gebührensseite allzu oft zu hoch oder zu intransparent ausfallen. Weiterhin haben wir den Siegeszug der ETF's, sprich Fonds, welche sich an der Entwicklung eines Leitindizes einer Volkswirtschaft wie dem DAX (40) in Deutschland und dem S&P 500 in den Vereinigten Staaten orientieren. Mit einer

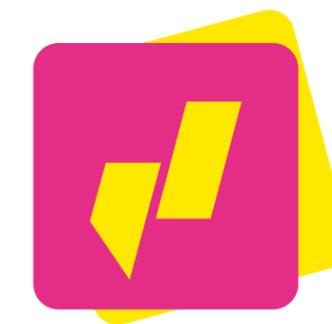
niedrigen Verwaltungsgebühr und breiter Streuung in eine Vielzahl von Unternehmen mit überwiegend Milliarden Gewinnen aus Branchen und Ländern weltweit, verspricht dies die Vision einer langfristigen Teilhabe am Weltwirtschaftswachstum. Und zuletzt kommen wir auf Kanäle und Internetplattformen wie Finanzfluss oder auch Finanztipp zurück. Durch qualifiziertes, mit Fakten hinterlegtes und leicht verständlich aufbereitetem Wissen nehmen diese gerade eine prägende Position in der Vermittlung von finanzieller Bildung in Deutschland ein.

Neben dem Verständnis der Funktionsweise des Kapitalmarktes werden Informationen zu Steuern, relevanten Versicherungen oder auch rechtliche Grundlagen erläutert, welche den jungen und auch älteren Generationen gerne als Informationsquelle dienen.

## Politik auf Penny-Stock-Niveau

Es bleibt jedoch zu kritisieren, dass es die heutigen Lehrpläne in den bundesweiten Schulen nicht hergeben, solche umfangreichen Themen zu vermitteln. Gerade in der heutigen Zeit haben wir auf der einen Seite die zunehmende monetäre Belastung auf dem Geldbeutel unserer Generation, sei es mit potenziell steigenden Sozialversicherungsbeiträgen oder eben einer immer mickrig werdenden Altersvorsorge. Und auf der anderen Gesichtshälfte finden sich wiederum vermehrend rechtliche Auflagen im Finanzsektor, welche nicht immer einen abnehmenden Effekt auf Unklarheiten in Bezug auf das jeweilige Investment haben, sondern zu einem Papierstapel führen, welcher der Otto Normalverbraucher bei Abschluss eines Finanzproduktes erhält.

Es sollte die oberste Priorität sein, einen Rahmen zu schaffen, sodass finanzielle Klarheit in alltäglichen Fragen kein KANN sondern ein MUSS ist. Sei es beginnend mit einer Umstrukturierung der Lehrpläne mit Aufnahme eines Wahlpflichtfaches ab der neunten oder zehnten Klasse, welche die oben geschilderten Themenfelder behandelt. Aber auch die Idee einer landesweiten Zusammenarbeit mit Kreditinstituten, sowie dem Finanzsektor, welche zumindest Einblicke in verschiedene Aspekte an Schulen präsentieren, wären eine Option. Unsere Aufforderung der Einführung des Generationenkapitals als tragende Säule in der Altersvorsorge wäre ein Geschenk für die junge Generation. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Bürger zunächst ein tieferes Verständnis für die Funktionsweise dieses Modells entwickeln und Vertrauen in dessen langfristigen Nutzen gewinnen.



## Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

## Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin  
Telefon: (030) 680 78 55-0  
Telefax: (030) 680 78 55-22  
E-Mail: [info@julius.de](mailto:info@julius.de)

## Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Pascal Schejnoha ([schejnoha@julius.de](mailto:schejnoha@julius.de))

AutorInnen: Franziska Brandmann, Jonas Euschen, Mattia Freund, Victoria Kamprath, Fabienne Lackner, Nikolai Ott, Efe Mert Sanli, Hannah Schedler, Lucas Siller, Florian Silvestri, Lars Jan Verwaal, Anja Widenmann, Sophie Wotschke

Auflage: 11.000 Exemplare  
Gestaltung: Sebastian Ritschel

**Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.** Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an [schejnoha@julius.de](mailto:schejnoha@julius.de).

## Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin  
Titelfoto: OpenAI  
Illustrationen und Fotos:  
Adobe Stock: S.4 (2), S.5, S.7, S.10, S.14, S.18, S.20 (2), S.24, S.30, S34  
Unsplash.com: S.12, S.14, S.17,  
OpenAI: S22

Dieses Magazin wird gefördert vom



# WIR SIND DIE **WEITBLICK- FÜR-DIE-PFLEGE- VERSICHERUNG.**

Die PKV baut für ihre Versicherten eine stabile finanzielle Vorsorge auf. So sichert sie eine menschenwürdige und generationengerechte Pflege.



Mehr Informationen unter:  
[www.pkv.de/besser-für-alle](http://www.pkv.de/besser-für-alle)



Verband der Privaten  
Krankenversicherung